

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostfachsen
Beilagen: Der rote Stern / Bilder der Woche / Der proletarische Kulturkampf / Mensch und Energie
Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter / Der komm. Genossenschaftler

Bezugspreis monatl. drei Haus 2,50 M. (Halbmonatl. 1,25 M.), durch die Post bezogen monatl. 2,20 M. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-21 / Geschäftsstelle u. Expedition: Osterbahnpostf. 2 / Fernsprecher: 17 259 / Postfach Dresden Nr. 18 690, Dresdner Verlagsgesellschaft
Eigentümer: Dresden-21, Osterbahnpostf. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Mittwoch 16—18 Uhr, Sonnabends 13—14 Uhr
Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareilzeile oder deren Raum 0,35 RM. für Familienanzeigen 0,20 RM. für die Reklamezeile anschließend an den dreispaltigen Teil einer Textseite 1,50 RM. Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-21, Osterbahnpostf. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

5. Jahrgang Dresden, Donnerstag den 23. Mai 1929 Nummer 117

„Kampf“ um den sächsischen Präsidentensessel

Dobbert und Schwarz fordern die Koalition!

Der Dresdner Anzeiger triumphiert

Dresden, den 23. Mai.

Soll ich's wagen, wag ich's nicht, das ist jetzt die tägliche Frage, die die SPD-Strategen sich vorlegen. Die Schmeichelei nach Ministerposten ist groß. Sie wissen auch, ihr Eintritt in die Regierung ist nichts weiter als ein Streit um die Krinne mit den anderen bürgerlichen Parteien. Aber etwas hängt davon ab. Bisher hielten die sächsischen Sozialdemokraten die Arbeiter noch bei der Stange mit dem Betrugsmanöver, in dem sie sich radikaler als Hermann Müller und Genossen gebärdeten, daß sie erklären, mit der Reichspolitik nicht einverstanden zu sein. Geben sie jetzt in die Regierung, geben sie die Grundplattform ihrer bisherigen Agitationsstätigkeit auf. Deswegen wehrt sich ein Teil der SPD-Strategen noch, in eine Koalitionsregierung zu gehen. Andererseits werden aber die Dinge so, daß ein einhelliger Fortschritt der bisherigen Opposition für die sächsische SPD auch nicht möglich ist. Jede, ganz gleichgültig welche Regierung in Sachsen zukünftig regiert, wird ihre Politik im Rahmen der Reichspolitik durchsetzen und führen müssen. Praktisch steht deswegen auch bei der Frage, ob SPD- oder bürgerliche Minister, nur die eine Angelegenheit, die die Geschäfte des Ministeriums betreffen soll. Bleibt die sächsische SPD aus der Regierung, bleibt sie „Oppositions“partei, so wird ihre „Oppositions“stätigkeit ständig auf die Hinweise der bürgerlichen Presse, daß sie gegen die Politik von Müller, Hilferding und Coering opponiere. Eine solche „Oppositions“haltung würde aber auch die innerparteiliche Lage der SPD erschweren. Deswegen kann die sächsische SPD ihre bisherige Rolle nicht mehr einfach weiterführen. Wir haben schon einmal darauf hingewiesen, daß schon im vorigen Landtag die SPD auf die Stellung im Reich Rücksicht nahm und Anträge, die die Reichspolitik geländerten, ablehnte.

Eine solche „Oppositions“politik würde und wird dieselben Folgen haben wie eine Regierungsbeteiligung. Die Loslösung der Arbeiter wird und muß im immer weiteren Umfange erfolgen. Das fühlen die Lügenjünger aus dem Lager der SPD. Darum befinden sie sich in der Klemme. Die Konsequenzen unter den sächsischen Führern sagen sich deswegen, durch den Eintritt in die Regierung werden wir vielleicht etwas retten können durch die Zuanberung kleinbürgerlicher Schichten, die sich abgewandert sind oder sich noch im Lager der Demokraten und Wirtschaftsparteiler befinden.

Diese Führer fordern jetzt mit aller Klarheit den Eintritt in die Koalitionsregierung.

Dem stellen sich noch gegenüber diejenigen Führer, die in der bisherigen Position verharrten möchten, die zum mindesten nicht vor den Gemeinwählern in eine Koalitionsregierung eintreten wollen. Die Dresdner Volkszeitung bringt gestern eine Anzahl solcher Stimmen:

Au der Spitze stehen die Ausführungen des bisherigen Landespräsidenten Schwarz. Er nimmt die Uebergangsbasis an, die wir schon ankündigten, da es nicht gelingt, den Marsch in die große Koalition mit einem besonderen Gehalt zu erreichen, heißt der Ruf: Rettung vor den Nationalsozialisten. Schwarz schreibt:

„Sich aber erst die Hitler-Deute am Steuer, dann ist es mit jedem Augenblick an die vorwärtsdringende marxistisch geführte Arbeiterschaft vorbei.“

Schwarz leistet sich dabei noch folgenden demagogischen Liebesreden gegen die Kommunisten:

„Ich möchte eben Kommunist sein, um einen solchen Zustand herbeizuwünschen.“

Mit diesem Demagogentum kann Schwarz keine revolutionären Arbeiter irreführen. Die Arbeiter wissen, daß die einzigen wirklichen Feinde der Faschisten die Kommunisten sind. Die Sozialdemokraten sitzen im Reich mit den Volksparteilern in einer Koalition, Schwarz will diese Koalition auch in Sachsen. Ein großer Teil der führenden Mitglieder dieser Partei ist aber Mitglied des Stahlhelms. Auch deren Generalsekretär in Sachsen, jetzt neugewählter Abgeordneter. Das Bestreben, mit dieser Partei in Koalition zu kommen, kennzeichnet, wer zu den Faschisten steht. Zur Koalitionsbildung schreibt Schwarz:

„Es ist ziemlich rats, wenn verlangt wird, wir brauchen ja nur unsere Wahlforderungen vorzulegen, und falls diese Anerkennung fänden, könnte die Koalition steigen. Ich vertrete den Standpunkt, daß wir möglichst wenig, aber grundsätzliche Bedingungen zu stellen haben. Schulfragen, Steuerfragen, Fragen der Verwaltung und vor allem Fragen der Sozialpolitik müssen vorangestellt werden. In engster Fühlung mit den Gewerkschaften sind Arbeiterfragen zu formulieren. Alles in knapper Form, denn als alter Praktiker weiß ich ja nur zu gut, daß die jeweiligen Umstände“ manches anders gestalten, als es die schönsten Vereinbarungen eigentlich gestalten sollten.“

Dann erklärt Schwarz, man könne nicht warten, bis die anderen herankommen, die SPD müsse die Verhandlungen antkniefen.

„Also ran an den Feind, und wenn es mit einer Koalition sein soll,“ ist die Parole von Schwarz.

Mit einer bisher noch nicht dagewesenen Offenheit ergreift dann

der Meißner Abgeordnete Dobbert

das Wort für die Koalition mit den Bürgerlichen. Seine Ausführungen bestätigen die Charakteristik, die wir im Jahre 1926 von diesem jungen Mann gaben. Wir stellten damals seine Betriebsamkeit im Festhalten nach einer Beamtenposition im republikanischen Staat fest. Er schreibt:

„Wenn nun im Sächsischen Landtag die Sozialdemokratie nicht stark genug ist, eine sozialistische Regierung zu bilden, hat sie sich zu fragen: Wie gewinnen wir ein höchstmäßiges politisches Einflusses im Interesse der sächsischen Arbeiterklasse? Da die SPD auch mit Einschluß der ja für eine Regierungsgesamtheit nicht in Betracht kommenden Kommunisten nicht genügend parlamentarische Macht besitzt, zu regieren, wird sie sich darum fragen müssen, ob sie mit den bürgerlichen Parteien verhandeln will. Denn soll überhaupt ein Sozialdemokrat als Ministerpräsident gewählt werden, so bedarf er dazu nicht nur der Stimmen der 33 Sozialdemokraten und der 12 Kommunisten, sondern es sind dann noch 4 Stimmen notwendig, die von anderen Parteien kommen müssen.“

Dieser Hinweis auf die eventuelle notwendige Unterstützung der Kommunisten ist für Dobbert nicht mehr als ein verlogenes Manöverchen, um seine Leser irreführen zu lassen. Wir wollen aber diese Gelegenheit ergreifen, um nochmals in aller Deutlichkeit zu betonen, daß die KPD keinen Minister, ganz gleich aus welcher Partei, unterstützen wird. Die KPD hat im Wahlkampf die Rolle der Regierungen im kapitalistischen Staat klar genug charakterisiert und auch ihre Stellung dazu. Kein Wahlausfall hätte an dieser Stellung etwas geändert.

Dobbert will aber eine Regierung mit der führenden Partei des Trustkapitals, mit der Deutschen Volkspartei.

Fest und rücksichtslos, ganz in der Sprache der Altsozialdemokraten,

der Bethke und Genossen schreibt, schreibt Dobbert:

„1926 hat die Sozialdemokratische Partei entgegen unserer Meinung erklärt: Wir lassen uns in feinerlei Verhandlungen ein! Weder mit den Kommunisten, noch mit den bürgerlichen Parteien. Bestand 1926 Einmütigkeit darüber, daß ein (Fortsetzung 2. Seite)

Reichswehr- Spitzelzentrale enthüllt!

Berlin. Nach dem Bericht der „Weltbühne“ hat das Reichswehrministerium vor etwa zwei Monaten eine Zentralfstelle zur Bekämpfung der Spionage in Groß-Berlin errichtet, die vornehmlich die Aufgabe hat, das dienstliche und außerdienstliche Leben und Treiben von Personen zu bespionieren, die der republikanischen Gesinnung und pazifistischen Tendenzen verdächtig sind. Herr Groener, der Koalitionsbruder der SPD-Minister, hat als Chef dieser Spionagezentrale den berüchtigten Oberleutnant der Marine, Prohe, eingesetzt, gegen den eine ganze Anzahl u. a. auch krimineller Verfahren laufen. Prohe war auch in die bekannten Kieler Munitionshiebungen verwickelt. Er ist also der geeignete Mann.

„Trotz Verbot — Rotfront marschiert!“

Eingeständnis und neue Verbotshetze eines SPD-Blattes

Die Roten Pfingstaufmärsche der revolutionären Arbeiterschaft in ganz Deutschland veranlassen die sozialdemokratische Presse zu einer neuen Heze zum Verbot der KPD. Die sozialdemokratische „Volkswacht“ in Essen berichtet zunächst in ihrer Art über den dort stattgefundenen grandiosen Aufmarsch der Arbeiterschaft des Rhein-Ruhrbezirks. Sie läßt zunächst die Teilnehmerzahl von 35 000 auf 7000 bis 8000 herunter, reimt dann allerhand dummes Zeug über „die wahnsinnige Angst der KPD-Führer vor der eigenen Anhängerschaft, die ein zweites Berlin ganz sicher mit einer katastrophalen Massenflucht beantwortet hätte“, zusammen und muß dann wider Willen zugeben:

„Immerhin, wir sind aufrichtig genug (?), ganz offen zu bekennen, daß das bolschewistische Rhein- und Ruhrtreffen einige Tausend Menschen mehr in Bewegung brachte, als frühere KPD-Rundgebungen.“ (!)

Damit widerlegt die „Volkswacht“ ihren Schwindel von 7—8000 Teilnehmern selbst, da schon sehr oft in Essen Rundgebungen von 20 000 Teilnehmern und darüber stattgefunden haben. Dafür gibt sie ihren Genossen Severing und Grzesinski einen verständnisvollen Blick zu noch brutalerem Vorgehen und Verboten, indem sie schreibt:

„Nur einen großen Erfolg haben die Arrangements des bolschewistischen Rhein- und Ruhrtreffens zu verzeichnen: Sie haben es glänzend verstanden, das Rotfront-Verbot zu umgehen und den wochenlang in der kommunistischen Ruhrpresse verkündeten Wahlpruch wahrzumachen: „Trotz Verbot — wir marschieren!“

Aus diesem Zitat spricht die ganze Mut über die gelungenen Roten Pfingstaufmärsche. Ein Ansporn mehr, immer neue Massen der Roten Front zuzuführen.

Erhöhte Forderungen der Alliierten!

Die deutsche Bourgeoisie in der Klemme

Paris, 23. Mai. (Eigene Drahtmeldung.)

Die Bedingungen der Gläubiger sind gestern nachmittags der deutschen Delegation zugegangen. Es bestätigt sich, daß sie von dem Youngplan stark abweichen und die deutschen Vorbehalte wenig berücksichtigen. Wie groß die Mehrforderung der Alliierten auf die Jahreszahlung ist, kann noch nicht festgestellt werden. Dr. Schaht hat den französischen Delegierten Quenay um mündliche Erläuterungen zu der Jahresfala erzuht. Fest steht, daß die Stala von dem Youngplan vollständig abweicht. Die Forderungen für die belgische Bekleidungsmark sind erhöht. Es wird die Verlängerung der 2,5-Milliarden-Dawesrate bis 1. Januar 1930 gefordert. Offen bleibt die Frage der deutschen Zusatzleistungen für die Reparationsbank. Der Betrag des transferierten Teils soll erhöht werden. Die Aufbringung des Moratoriums ist abgelehnt. Die Telegraphenunion berichtet, daß Dr. Bögeler heute mit der Reichsregierung die Frage seines Rücktritts aus der deutschen Sachverständigendelegation klären wird. Als Nachfolger wird bereits Geheimrat Kassel, das geschäftsführende Mitglied des Reichsverbandes der Deutschen Industrie genannt.

Die Boffische Zeitung erfährt über die Unstimmigkeiten, die in der deutschen Delegation vorhanden sind, daß anlässlich der letzten Reise Schahts und Bögelers nach dem Ruhrgebiet auf der Villa Hügel in Essen eine Konferenz zwischen den maßgebenden Vertretern der Schwerindustrie, Krupp, Thyssen, Silberberg, Kirchoff, Springorum, Dr. Schaht und Bögeler stattgefunden hat, auf der es zu heftigen Auseinandersetzungen kam. Seitens Thyssens und Kirchoffs wurden Ausführungen radikalster Art gemacht, während sich Krupp von Bohlen-Halbach bemühte, eine Einigung zustande zu bringen. Wenn jetzt Dr. Bögeler zurücktritt, so weicht er damit dem Druck seiner Auftraggeber, der großkapitalistischen Magnaten der Schwerindustrie. Diese Kreise versuchen, die deutsche Delegation im nächsten Augenblick auseinanderzujugeln.

Die Deutsche Allgemeine Zeitung schreibt: „Man wird nähere Mitteilungen abwarten müssen, ehe man zu dieser Entwicklung der Dinge endgültig Stellung nimmt.“ Der Vorwärt enthält sich jeden Kommentars.

Die Germania schreibt: „Wir halten es für verfehlt, sich in diesem Augenblick auf Spekulationen über die Gründe dieses Rücktritts einzulassen, hingegen hindert nichts, dieses Ereignis als ein ernstes Symptom für die Entwicklung der Reparationsverhandlungen zu werten. Alle Stellen verfolgen die Partiser Vorgänge mit immer wachsender Belorgnis, die durch den Inhalt des Gläubigermemorandums weiter erheblich gesteigert wird. Das letzte Wort ist zwar noch nicht gesprochen, aber in ihrer jetzigen Form kann die deutsche Delegation die Vorschläge der Gläubiger schwerlich annehmen.“

Die Börsenzeitung schreibt von „unannehmbaren Gegenvorschlägen der Tributmächte“. Die Annahme dieser Forderungen durch die deutsche Delegation in der vorliegenden Form müßte als ausgeschlossen gelten.

Zweifelsohne sind innerhalb der deutschen Bourgeoisie Gegenstände in bezug auf die Taktik in der Reparationsfrage vorhanden, die aber keineswegs grundsätzlicher Natur sind. Der Kuhhandel wird weitergehen und wie bisher mit der Annahme der wichtigsten Forderungen der Alliierten enden.

Krupp baut rumänische Kriegsindustrie aus

Bukarest, 22. Mai. (Eigene Drahtmeldung.)

Zm Anschluß an die kürzliche Reise des Generals von Seerd nach Rumänien ist jetzt ein Vertreter der Kruppwerke in Bukarest, wo sich Rumänien zweigleisiges Eisenwerk befindet, eingetroffen. Es handelt sich dabei um den weiteren Ausbau der rumänischen Rüstungsindustrie.

Ministerpräsidentenkandidat nominiert und ein Programm formuliert werden sollte, keine Einstimmigkeit jedoch, es verhandelt werden sollte oder nicht, so muß heute auch das Nächstliegende versucht werden: Verhandlungen mit anderen Parteien des sächsischen Parlaments, um einen sozialdemokratischen Ministerpräsidenten aus der Wahl hervorgehen zu lassen. Die Verdon des Kandidaten muß den Willen der Sozialdemokratie dokumentieren, über die Durchführung ihres Regierungsprogramms mit anderen Parteien in Verhandlungen zu treten. Das Regierungsprogramm selbst muß den Realitäten der Lage Rechnung tragen. Nachdem der Landtag mit Einschluß der Nationalsozialisten eine bürgerliche Mehrheit aufweist, werden bestimmte Kampfziele, die nur unter einer sozialistischen Mehrheit im Parlament und durch eine sozialistische Regierung zu verwirklichen sind, ohnehin zurückgestellt werden müssen. Das Programm also muß eins sein, das den wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Kräfteverhältnissen in Sachsen entspricht.

Auf die Gefahr hin, daß es banal klingt, sagen wir immer wieder: Wir wollen weder Opposition, noch Regierungsbeteiligung um jeden Preis! Jetzt liegen die Dinge so, daß wir eine sozialistische Regierung nicht bilden können. Darum müssen wir versuchen, eine Regierung zu bilden, in der die Sozialdemokratie die Führung hat. Die Hauptfrage ist, daß wir nicht nur Verhandlungen zu führen, um bestimmte sozialistische Mindestforderungen durchzuführen. Kommen die Verhandlungen trotz unserer ehrlichen Willen nicht zum Ziel, dann haben wir unsere Pflicht bis zum letzten getan, Schlimmes von der sächsischen Arbeiterklasse abzuwenden.

Das sind die gleichen Begründungen, die vor einigen Jahren von den Sozialdemokraten gegeben wurden. Damals antwortete die Volkszeitung mit einem wütenden Geschrei. Das Ergebnis des Kampfes der sozialdemokratischen Arbeiter gegen die Sozialdemokraten ist jetzt das, daß drei Jahre später in den Vätern der SPD die Theorie und Praxis der Sud. Feinde und Genossen ohne Widerspruch vertreten werden kann. Die sozialdemokratischen Wähler werden wieder einmal die Betroffenen sein.

Das Schwäch über die angebl. Durchführung sozialdemokratischer Forderungen

wird am treffendsten durch diese Sozialdemokraten selbst gekennzeichnet. Wir wiesen oben schon darauf hin, daß Schwarz alle Versprechungen des Wahlkampfes genau so mit einer Handbewegung beiseite legt, wie das die Müller und Komforten nach der Reichstagswahl gemacht haben. Aber Schwarz geht noch weiter. Er erklärt auch die erstl. zur Regierungsbildung aufgestellten oder gar angenommenen Forderungen als Unsinn. Sieht er sich doch besonders als „alter Praktiker“ heraus und erklärt: „Die jeweiligen Umstände gestalten manches anders als die schönsten Vereinbarungen eigentlich gestalten sollten.“

Es offenkundig sich der Vollbeitrag der sächsischen Sozialdemokraten. Die Dresdner Volkszeitung bringt „der Objektivität halber“ auch einige Gegenstimmen. Diese sind aber kläglich und erbärmlich. Das Sächs. Volksblatt, Zwickau, die Zeitung Sendewitz, schreibt:

„Die sächsische Bevölkerung hatte am 12. Mai ausreichend Gelegenheit, die Reaktion zu schmecken! Das ist nicht geschehen. Und so wird das sächsische Volk auch die Regierung bekommen, die es verdient!“

Das ist schon Geist absoluter Geisteslosigkeit, die unentwegten „Oppositionsmacher“ wissen schon nicht mehr, was sie den unentwegten Koalitionstreibern entgegenstellen sollen.

Der Marisch in die Große Koalition in Sachsen dürfte damit schon entschieden sein.

Die bürgerliche Presse.

Die Presse der Volkspartei begrüßt den neuen Koalitionspartner. Der Dresdner Anzeiger schreibt heute morgen:

„Es ist immerhin beachtenswert für die Stimmung innerhalb der sächsischen Sozialdemokratie, daß sie heute anders als 1926 an die politische Frage herangeht. Damals wurde jede Verhandlung über eine Regierungsbeteiligung mit nicht-sozialistischen Parteien grundsätzlich abgelehnt.“

Das Ergebnis der 900 000 SPD-Stimmen wird sein: Anpassung der sächsischen SPD-Politik an den Panzerkreuzerführer Hermann Müllers.

Der Marisch nach rechts ist in vollem Gange.

Die betroffenen Arbeiter werden und können diesen Marisch nicht mitmachen. Unsere Aufgabe ist es, die auch von dem „Radikalismus“ der sächsischen SPD-Führer enttäuschten Arbeiter um unsere Rechte zu sammeln, sie über die erstl. noch von der SPD durchgeführten Manöver aufzuklären und zum revolutionären Kampf zu führen gegen die Koalition, die nichts anderes ist als der verhäßte Bürgerbiß.

Ein Kommunist Bürgermeister von Sträßburg!

Sträßburg. Nach den französischen Departementswahlen, die den Kommunisten und Autonomen besonders im Elsaß starke Erfolge brachten, fand am Sonntag in Sträßburg die Sitzung des neuen Gemeinderats statt. Mit 18 Stimmen wurde der Genosse Huber zum Bürgermeister von Sträßburg gewählt.

Sozialfaschist Künstler lügt weiter

Lügen-Künstler, der commis voyageur des Berliner Mai-Mutshades, hat sich für seine Berichterstattung auch im Kreise seiner eigenen Parteigenossen schon recht derbe Abföhren geholt. Aber wie die Käse das Raschen, so kann Künstler das Lügen nicht lassen. Obwohl ihm bekannt ist, daß der Genosse Manuillski sich weder vor noch zur Zeit, noch nach den Berliner Mai-Ereignissen in Berlin aufgehalten hat, hält dieser linke Sozialfaschist, ohne von dieser Tatsache überhaupt Kenntnis zu nehmen, keine insamen Lügen aufrecht. So berichtet das sozialdemokratische Hamburger Echo am Sonnabend dem 18. Mai, daß Künstler in der dortigen Funktionärskonferenz in seinem Schlußwort „in bezug auf Manuillski mit allem Nachdruck betonte, daß solche Halunken in Deutschland nichts zu suchen hätten“.

In der Moskauer Prawda erschien als Antwort auf die Lügen des Sozialfaschisten Künstler ein Artikel, dem wir noch einmal folgende Feststellung entnehmen:

„Wenn Jörgiebel in Moskau wirklich Informator und nicht Schlafmüde hätte, so hätte man ihm rechtzeitig mitgeteilt, daß bis zum 30. April einschließlich in Moskau eine Parteikonferenz stattfand, daß Manuillski im Präsidium dieser Konferenz lag; überhaupt haben ihn in diesen Tagen in Moskau Hunderte und Tausende. Am 1. Mai konnte man Genossen Manuillski auf dem Roten Platz sehen, wo Hunderttausende ihn sahen.“

Wir glauben nicht, daß diese erneute Feststellung der Wahrheit nur im geringsten geeignet sein wird, dem Sozialfaschisten Künstler das Lügen abzugewöhnen. Er wird es sich nicht abgewöhnen, weil er bewußt insame Lügen verbreiten muß in der Hoffnung, durch derartige insame und gemeine Methoden die Erregung des deutschen Proletariats über das von seinem Parteigenossen Jörgiebel salbungvoll durchgeführte Mai-Blutbad abzulächeln.

Oberst Heimannsberg Kronzeuge gegen Grzesinski!

„Die Polizei schob bereits am Vormittag (Mars)“

Berlin, 23. Mai (Eigene Drohmelung.)

Ueber die Vorgänge am 1. Mai in Berlin gibt der Kommandeur Heimannsberg von der Schutzpolizei in dem führenden Polizeiorgan „Die Polizei“ eine Darstellung, in der entgegen den Vögenmeldungen Grzesinski im Preussischen Landtag zugegeben wird, daß die Polizei bereits am Vormittag (Mars) geschossen hat und nicht erst am späten Nachmittag. Nach der Angabe Heimannsbergs wurden 51 Beamte verletzt, davon nur einer durch einen Pistolenhieb durch die rechte Hand, die anderen seien lediglich durch Steinwürfe, Schläge und Fußtritte zu Fall gekommene Beamte. Nur noch neun Beamte befinden sich im Krankenhaus.

sozialfaschistischen Führer, wie Barrifaden militärisch Kräfte los sind und erklärt zum Schluß:

„In Deutschland ist ein proletarischer Barrifadenkampf gegen die moralisch und politisch geistige preussische Schutzpolizei nichts anderes als ein politischer Karrenkrieg... Bei dem Stand der heutigen Militär- und Polizeitechnik kann der Barrifadenkampf kommunistischer Prägung nur wachsende Opfer bringen.“ (!)

Die ganzen Weisheiten Schühingers, auf die wir mittelmäßig nicht eingehen wollen, haben nur den Zweck, den schon bekannten Schwindel zu unterstützen, als ob die SPD am 1. Mai in Berlin „einen Aufstand“ versucht hat. Das ist ein Hieb in die leere Luft. Die SPD dachte nicht daran, am 1. Mai einen Aufstand zu machen. Den Gegenbeweis haben trotz vielfacher Bemühungen alle Vordiplom-Jörgiebel, Seeringers und Grzesinski nicht erbringen können. Der Barrifadenbau im Wedding und in Neukölln war ein Akt revolutionärer Selbstverteidigung gegen die Brutalität der Jörgiebel-Nordhanden. Nur trotz Schühingers, der Marx und Engels nur aus seinen altpreussischen Polizei-Instruktionsbüchern kennt, waren diese Kämpfe in Neukölln und im Wedding von ungeheurer politischer Bedeutung, der Ausdruck des wachsenden Kampfwillens der Arbeiterklasse gegen die Bourgeoisie und den Sozialfaschismus. Nur dafür war der Bau der Barrifaden symptomatisch. Und das eine steht fest, wenn die revolutionäre Arbeiterkraft die Welt des revolutionären Aufstandes zum Sturz der Bourgeoisie herkommen sieht, wird sie auch ohne die Weisheiten des Herrn Schühinger auskommen und den Sieg davontragen.

Barrifadentheorie der Arbeitermörder

In der sozialdemokratischen Presse ergeht sich der berühmte Wehrprogrammier, Polizeioberst Schühinger, in theoretischen Betrachtungen über den Barrifadenkrieg. Nachdem das Wüten der Jörgiebel-Soldateska 28 Opfer gefordert hat, hält es der SPD-Parteivorstand für notwendig, durch seinen Schühinger der Arbeiterklasse klarzumachen, daß Barrifaden, wie am 1. Mai auf dem Wedding und in Neukölln, militärisch völlig wertlos gegenüber Minenwerfern, Bomben und Granaten sind. Herr Schühinger meint lehr „marxistisch“ zu sein, indem er zur Beweiskführung Engels zitiert, der sich dahingehend ausspricht, daß die moderne Militäertechnik den Barrifadenkrieg unmöglich macht. In einer ganzen Reihe von Beispielen zeigt dann der Sachverständige der

Die Deutsche Lehrerversammlung in Dresden

Vorbem.: Wir beschränken uns zunächst lediglich auf die Berichterstattung über die wichtigsten Verhandlungen.

Die Vertreterversammlung

Die Vertreterversammlung des Deutschen Lehrervereins, besucht von 150 Vertretern aus ganz Deutschland, behandelte eingangs den Jahresbericht, in dem besonders das Verhältnis von Schule zur Kirche und die Lehrerbildungsfrage besprochen wird. Feilschen wird, die nächste Vertreterversammlung 1930 in Kassel stattfinden zu lassen und die Allgemeine Deutsche Lehrerversammlung in Frankfurt mit den Themen: 1930: I. Die Vereinfachung des Reiches und der Schule, 2. Volksschule und Berufsschule. — 1931: Die Einheit der deutschen Bildung und Weltanschauung, Erziehung und Schule.“

In einer besonderen Entschließung befaßt sich die Vertreterversammlung mit dem Grundschulgesetz, weiter mit den Konfordaten, gegen die sie sich aber nur wendet, insofern sie die Schule betreffen. Weiter fordert sie tatkräftige Hilfe für die zahllosen stellungslosen Hilfslehrer, die Durchführung der Lehrerbildung auf akademischer Grundlage und Ausbau der allgemeinen Volksschule.

Die Hauptversammlung

Der große Zirkus Sarrasani ist besetzt von zirka 5000 Lehrern, ausgedehnt mit den Farben Schwarz-Rot-Gold (Zelchen der neuen Zeit!).

Der Vorsitzende des Sächsischen Lehrervereins, Frinks, geht in seiner Ansprache auf die Geschichte des Deutschen Lehrervereins ein und bemüht sich ersichtlich, die irreführende Haltung der Lehrerschaft in den 48er Jahren und der kommenden Reaktionszeit hervorzuheben. Er erinnert an die Maßregeln von 66 Lehrern, besonders des 27-jährigen Leiters der ersten Hauptversammlung, Zschische, in der Weisenhauskirche und den Aufruf von Wanders 1848, der sich für den Ausbau der Nationalerziehung „einsetzt“. „Das Große, das einmal möglich gewesen sei, muß wieder einmal vor den neuen Aufgaben der jetzigen Zeit möglich sein.“

Darauf verweist Wolf, der erste Vorsitzende des Deutschen Lehrervereins, die Aufgaben der Gegenwart zu umschreiben. Er zieht als Symbol für die ideologische Lage den Abschluß einer Reihe von Konfordaten und fordert die reine Staatschule. Als sehr eigenartig mußte es empfunden werden, wie er zur Begründung den ausgesprochenen Vertreter der Schulreaktion (Majollini) zitiert, der natürlich im Sinne seiner sächsischen Erziehung unumhüllte Gewalt in der Schule beansprucht. Der Deutsche Lehrerverein war nach Wolf „niemals Gegner der Religion“ (der bekannte Ausweg aller Halbheit und Unentschiedenheit), er wendet sich gegen die machtpolitischen Ansprüche der Kirche auf die Schule. Dann kommen die üblichen Forderungen: Gegen das preussische Konfordat, für die Durchführung der Lehrerbildung in Preußen wie in Sachsen, volle Staatlichkeit des Schulwesens, Einheit deutscher Bildung und Kultur.

Es fällt ihm natürlich nicht ein, zu sagen, daß das preussische Konfordat mit Hilfe seiner eigenen Partei und der Sozialdemokratie in Preußen zustande kommt, ebenso die konfessionelle Lehrerbildung in Baden und Preußen mit Hilfe der Sozialdemokraten durchgeführt wird, und eine Einheit deutscher Bildung solange unmöglich ist, als nicht das Proletariat die Macht ergriffen hat.

In den Begrüßungen der Vertreter der Reichsregierung, der sächsischen Regierung und der Stadt Dresden setzen besonders auf die Wendungen Büngers und Blüchers, daß die Volksschullehrer, die in der Vorkriegszeit neben dem Volkshoer als realer Macht die „Erzieher zur nationalen Sammlung“ waren, im neuen Reich dieselben Aufgaben erfüllen müßten (einige Teilnehmer zischen). Blücher will die Schule zur Gemeindefunktion werden lassen, er will ein barbares kampffähiges Geschlecht für kommende große Kämpfe heranzogehen (zu neuen Kriegen).

Der sozialdemokratische Magistratschulrat Tittel hält nun sein

Referat über Wirtschaft und Schule

Er weiß bei diesem „heiklen“ Thema — wie er das selbst nannte — geschickt um die wesentlichen Probleme herumzugehen. Als typischer Vertreter der Leipziger „sozialen“ Staatstheorie versucht er den Staat als Sondergebilde zu charakterisieren, der den Auswüchsen der Wirtschaft gegenüber sich entgegenzustellen habe, er vertritt die Gleichberechtigung zwischen „Arbeitgebern“ und „Arbeitnehmern“, die sich gegenseitig zu vertragen hätten (reinsten Wirtschaftsfrieden). Er vermeidet bemüht irgendwie jede marxistische Analyse, Marx und Engels lacht er mit Sombart zu umgehen. Er stellt der Wirtschaft mit Goethe die Persönlichkeit gegenüber. In der Ansprache ist es allein der

Genosse Rudolf Hartig, Leipzig

der nach einem Hamburger Sprecher des Wesens Kern herausfährt. Er betont in schärfster Weise, wie notwendig es gewesen wäre, den Zusammenhang zwischen Schule und Wirtschaft als gesellschaftliche Faktoren darzutun. Das Bestreben des Lehrervereins, diese Faktoren losgerissen voneinander zu betrachten, führt zu einer ganz falschen Bewertung und einer Reihe von Tragfälschungen. Staat und Wirtschaft sind in der heutigen imperialistischen Gesellschaftsepöche dermaßen miteinander verwachsen, daß es Unsinn ist, vom Staate mehr zu erwarten als von der kapitalistischen, auf Profit und Ausbeutung aufgebauten Wirtschaft. Man muß fordern nicht Bekämpfung der Auswüchse, sondern Beseitigung des Kapitalismus, der heute Schule und Erziehung in eine Sackgasse hineingetrieben hat.

Wenn die Lehrerschaft eine freie Schule fordert, muß sie an der Seite der Arbeiterschaft mit allen Mitteln des Klassenkampfes und der proletarischen Revolution daran gehen, an die Stelle des Kapitalismus die kommunistische Gesellschaftsordnung zu setzen.

Den Ausführungen folgte ein starker Beifall, der zeigt, daß eine starke Minderheit der Versammlung mit den wirtschaftsfriedlichen Ausführungen Tittels und der anderen offiziellen nicht einverstanden ist. — In Konsequenz der Ausführungen der Lehrerschaftspresse zu dem Thema war auch ein Industrievertreter erschienen, der zu gemeinschaftlicher Arbeit der Lehrerschaft mit den Organen der Wirtschaft aufforderte. Schließlich wurde eine sehr zahme Resolutionsangemommen. Versuche schärferer Formulierungen durch die Vertreter des Hamburger Lehrervereins wurden abgelehnt.

Die Behandlung des zweiten Themas „Schule im Dienst der Volk- und Völkerverständigung“ wird nun zu erwägen haben, ob die Lehrerschaft auf die Bestimmungen der eigentlichen Machtträger die Schule noch mehr in den Dienst der rationalisierten Wirtschaft zu stellen, Widerstand entgegenzusetzen wird oder nicht. (Die Stellungnahme der kommunistischen Partei zu den beiden Verhandlungsthemen ist aus den Thesen ersichtlich, die die Reichsarbeitsgemeinschaft der kommunistischen Lehrer aufstellt hat, und die als Beilage veröffentlicht sind.)

Der 5. Sowjetkongreß

Moskau, 23. Mai. Am 5. Rätekongreß der Sowjetunion nehmen über 2500 Delegierte teil. Kalinin stellte in seiner Eröffnungsrede fest, daß die außenpolitische Lage der Sowjetunion sich im Vergleich zur jüngsten Vergangenheit erheblich gebessert habe, doch sei noch viel vor in bezug auf die Wahrung des Friedens Wachsamkeit notwendig, da die Feinde der Sowjetunion nicht schlummern. In den letzten zwei Jahren, die seit dem 4. Rätekongreß verfloßen, hat die Regierung einen unerwünschten Kampf um den Frieden geführt. Sie hat ein breit angelegtes Programm der allgemeinen Abrüstung entworfen, die allein imstande wäre, die Völker von den Kriegsgewalt und den Lasten des Militarismus zu befreien, damit hat die Sowjetunion vor den Wertigkeiten aller Länder die Ansehen als einziger Staat, der um den Frieden kämpft, sich stellt.

Anton erhaltete den Regierungsbericht Ferner wird der Kongreß die Berichte Kruschchanskijs, Kujbischews über den fünfjährigen Plan der Volkswirtschaft und Kalinins über den Aufbruch der Landwirtschaft entgegennehmen.

Die Schule im Dienste der Volks- und Völkerverböhnung

(Ehelen der Reichsarbeitsgemeinschaft der kommunistischen Lehrer zur Hauptversammlung des DVB in Dresden 1929)

Die Grundtatsachen

- 1. Seit der Einführung des Privateigentums als gesellschafts- tragende Basis ist das wesentliche Gepräge der verschiedenen Gesellschaftsepochen das der Scheidung der Bevölkerung in Besitzende und Nichtbesitzende, in Herrschende und Unter- worfene, in zwei von einander in materieller und ideologischer Beziehung getrennte Klassen (Klassenegesellschaft).

Die Klassen stehen sich unerbölich gegenüber

- 4. Die ungeheure Entwicklung der Technik, die Konzentration der Wirtschaft zu Trusten, Kartellen und Syndikaten im größten Ausmaß, die Entfaltung des Produktionsapparates bei gleichzeitiger Verengung der Absatzmärkte führt im internationalen Maßstabe zu schärfsten Konkurrenzkämpfen (Epoche des Imperialismus).

Möglichkeiten des Ausgleichs?

- 1. Völkerbund - Schiedsverträge - Abrüstungskonferenzen waren und sind angedacht der Zwangsläufigkeit solcher Entwicklungen zum Scheitern verurteilt und dienen nur dazu, die Rüstungsmöglichkeiten zu verkleinern.

Klassengegensatz und Schule

- 1. Zur Sicherung ihres Profits, dazu a) zur Befestigung ihrer Positionen in wirtschaftlicher und kultureller Beziehung.

Die Kommunisten für Lehrerforderungen im Preussischen Landtag

Unter den von der kommunistischen Fraktion eingebrachten Anträgen seien an wichtigsten diejenigen aufgeführt, die sich für Forderungen der Volksschullehrerschaft einsehen.

- 1. Die Ausbildung der Volks-, Mittel- und Sonderschullehrer erfolgt auf den Universitäten.

- 1. Mit Rücksicht auf die anhaltend große Zahl der unbeschäftigten jungen Lehrkräfte ist von der Gründung neuer Pädagogischer Akademien Abstand zu nehmen;

Dem Unterrichtsaußschuß überwiefen.

- 2. Die kapitalistische Schulpolitik mit ihren hervorsteckenden Merkmalen (Zersplitterung, Konfessionalisierung, Berechtigungsweisen, Auslese der Begabten) trägt fortgesetzt zur Erhaltung der Klassenegensätze bei.

Schule und Völkerverböhnung

- 1. In der gegenwärtigen Situation in Deutschland versucht die Bourgeoisie die folgenden Ziele als Klassenziele zu erreichen: a) Aufbau der nationalen kapitalistischen Wirtschaft und rückwärtslose militärische Aufrüstung der deutschen Republik (Wehretat, Panzerkreuzer...);

Die Deutsche Lehrerversammlung gegen Konkordate und Kirchenverträge

Folgende Entschlüsse wurden zu den schulpolitischen Fragen angenommen:

- 1. Die Reichsverfassung hebt die Privat-Vorschulen auf. Das Grundschulgesetz vom 28. April 1920 setzt als Schluß des Abbaus den 31. März 1929 fest.

- 2. Der Deutsche Lehrerverein bekennt sich erneut zu der Auffassung, daß nur der Staat Träger der Schulhoheit sein darf.

- 3. Zur Junglehrerfrage: der DVB steht in tatkräftiger finanzieller Hilfe für die endliche Lösung der Junglehrerfrage nach wie vor eine dringende, bisher aber vernachlässigte Pflicht des Reiches.

Gerade der Umstand, daß heute noch viele tausend katholische junge Lehrer und Lehrerinnen, die ihre Lehrprüfung vor 10 Jahren abgelegt haben, noch immer nicht im Schuldienst

- b) durch frühzeitige Gewöhnung an Arbeitsdisziplin in der Schule, in dem aus solchen Gründen zugelassenen Vert- unterricht, Modernisierung des Unterrichts auf praktisch- technische Grundlage zum Zwecke späterer Eingrup- pierung des jungen Menschen in die Wirtschaft als brauchbares Wirtschaftsobjekt;

- c) durch raffinierte, der Jugendpsychologie angepaßte Methoden zur ideologischen Beeinflussung der Jugend und durch direkte militärische Vorbereitung der Jugendlichen auf kommende Kriege;

Ergebnisse

- 1. Die Schule wird auch in das System des imperialistischen Imperialismus, gleichgültig ob mit oder gegen den Widerspruch von Teilen der Lehrerschaft, eingeordnet.

stehen, beweist, daß deren Lage nur eine Folge der Abtretung des Reichsgebietes mit überwiegend katholischer Bevölkerung ist.

Der DVB fordert deshalb, daß das Reich endlich die seit Jahren notwendige Hilfe gewährt.

Er fordert ferner, daß die in der Reichsverfassung vorge- sehene allgemeine Schulpflicht, die für die Volksschule min- destens acht Schuljahre dauern soll, in allen Ländern durch- geführt wird.

Er erwartet weiter von der neuen Regierung, daß im Sinne der Reichsverfassung eine organische Ausgestaltung des öffent- lichen Schulwesens erfolgt, daß dabei besonders der Ausbau der Volksschule, wie ihn die Regierungserklärung vom 8. Juli 1928 andeutet, verwirklicht wird, und daß den Erziehungsberechtigten im Falle ihrer Bedürftigkeit hinreichende Erziehungsbeiträgen gewährt werden.

Der Deutsche Lehrerverein hält es für unbedingt notwendig, daß allen Ländern die Möglichkeit gegeben wird, schon vor Er- laß des in Artikel 146 Absatz 2 geforderten Reichsgesetzes auch den Lehrern, die keiner Religionsgesellschaft angehören, ihre in der Verfassung gewährleisteten Rechte zu sichern, daß ferner auch Anwärtern, die keiner Religionsgesellschaft angehören, der Zugang zum Lehrerberuf ermöglicht wird.

4. Da in Frage der kollegialen Schulverwaltung, in Ge- haltsfragen und zu schulpolitischen Forderungen des DVB der Preussische Rektorenverein eine gegenwärtige Stellung zum DVB eingenommen hat, wurde beschlossen:

Der Preussische Rektorenverein ist ein Verein, dessen Be- strebungen denen des DVB zuwiderlaufen. Eine Mitgliedschaft ist deshalb gemäß Ziffer 10 Absatz 2 der Satzungen für Mit- glieder des DVB unzulässig.

Die letzten Absätze der Entschlüsse lassen deutlich erkennen, daß die Lehrer trotz aller Enttäuschungen immer noch glauben, daß die Regierungen ihren Forderungen Rechnung tragen würden. Wir werden auf die Tagung selbst noch ausführlich zu sprechen kommen.

Jüdische Industrie und Schule

In Nr. 41 der Zeitschrift „Sächsishe Industrie“ 1924 entwickelt ein „Fachmann“ ein die Lehrerschaft sehr inter- essierendes „Kulturprogramm“.

Er fordert, daß der Religionsunterricht auf Eigen- schaften, wie Friedfertigkeit, Geduld, Zucht, Nüchternheit, Einigkeit usw. abzielen soll.

Jüdische Güter müssen als für den Christen belanglos hingestellt werden (natürlich nur für die profetarischen Christen).

Wörtlich heißt es dann weiter: „Die ausgeprägt christ- liche Volksschule wirkt beim Arbeiter in der bekannten Richtung der christlichen Gewerkschaften.“

Was das bedeutet, weiß jeder Arbeitgeber.“

Kann die 2. (sozialdemokratische) Inter- nationale den Krieg verhindern?

Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Ströbel äußert sich in einem Artikel zum Brüsseler Kongreß pessimistisch über die zu erwartenden Beschlüsse:

Leider haben wir 1914 erfahren, wie wenig solche Gelübde die Feuerprobe bestehen. Hat sich inzwischen der Charakter des Sozialismus derart geändert, daß neue Antikriegsbeschlüsse der Internationale einen größeren Wert besitzen? Jeder einiger- maßen kritisch veranlagte Genosse wird nur mit einem Nein antworten. Im Gegenteil: Die sozialistischen Parteien Eng- lands, Frankreichs, Deutschlands sind heute mit viel mehr „Staatsgesinnung“ erfüllt als noch vor anderthalb Jahrzehnten. Sie sind in ihrer Mehrheit viel enger mit ihrem Staat, ihrer Nation verwachsen als vor dem Weltkriege. Nicht internationales, klassenmäßiges Denken und Empfinden ist das Resultat dieses „Sineinwachsens“ in den bürgerlichen Staat, sondern immer stärkeres Überwiegen der nationalen Ideologie.“

Herr Goldschmidt, die Finanzgröße, verlangt, daß die Schule sich einstellt auf die Erfordernisse der modernen Praxis. Sie muß modernisiert werden. Sie soll die Kinder zum Kampfe ums Dasein geeignet machen, soll ihnen vor allen Dingen diejenigen Kenntnisse und Fähigkeiten beibringen, die sie zu tätigen Arbeitern und Angestellten der Wirtschaftsbetriebe machen. Wir sind arm und überlastet mit Kriegsschulden und Wiedergut- machungsverpflichtungen. Wir können uns den Luxus einer an sich vielleicht wünschens- werten Volkskultur nicht leisten, sondern müssen alle öffentlichen Mittel in der Volksschule darauf verwenden, unsere Menschen zu leistungsfähigen Wirt- schaftsgliedern heranzubilden. Alles andere hat davor zurückzutreten.“

Die Ordnungshüter ...

Prolet, wenn du das Wort verläßt,
Kämpfend um bess'ren Lohn,
Dann wirst du gleich zurückgeheßt
Zu deiner alten Fron!
Bei uns gilt nur der Gummiknüppel,
Revolver und Gewehr.
Wir haben eine grüne Tracht,
Wir sind des Geldsacks Wehr.

Prolet, wenn du zu viert marschierst
In Reich' und Glied im Zug,
Dann schlagen wir, daß du krepierst —
Und ewig hast genug;
Denn alles, was da leuchtet rot,
Wenn's noch so winzig sei,
Wir haßen's, schlimmer als den Tod,
Wir schlagen es entzwei;
Bei uns gilt nur der Gummiknüppel,
Revolver und Gewehr.
Wir haben eine grüne Tracht,
Wir sind des Geldsacks Wehr.

Doch wenn du ein Verräter bist
Und kehst in Mammons Sold,
Streng national und guter Christ —
Wir hüten dich wie Gold.
Wenn du für feilen Judaslohn
Zum Streikbruch dich verkaufst —
Wir schüßen dich vor jedem Hohn
Und der Proleten Faust.
Und wenn du, wie dein Leben schier,
Pießt Bier und Vaterland,
Dann sind wahrhaftig Brüder wir,
Dann reiche uns die Hand!
Wir tragen mit uns Gummiknüppel,
Revolver und Gewehr.
Wir tragen eine grüne Tracht,
Wir sind des Geldsacks Wehr.

Ein „gerechtes Urteil“ sagt:

Die Polizei des Herrn Kühn ist „human“

Unter den jedem Dresdner Arbeiter bekannten „berühmten“ Polizeiwachen nehmen die Wachen auf der Schöberggasse und Zirkusstraße eine besondere Stellung ein. Neuerdings muß man aber auch die 26. Polizeiwache, die im Bourgeoisviertel Weißer Hirsch gelegen ist, dazuzählen. Diese Wachen sind deswegen in aller Munde, weil dort Proleten, wenn sie wegen irgend eines Vorfalls situiert werden, froh sein müssen, nicht mit dem Gummiknüppel zugebeißt zu werden. Den Beweis, daß auch die Wache auf dem Weißen Hirsch mit besonders brutalen Beamten besetzt ist, brachte eine Verhandlung auf dem Münchner Platz vor dem Einzelrichter. Assessor Dr. Meiers Urteil störten die Be- weise freilich nicht!

Die Polizeibeamten Nebe und Nijische waren wegen schwerer Körperverletzung, begangen im Dienst, angeklagt.

Die beiden republikanischen Staatsbeamten gaben folgende Darstellung: Gegen 1,30 Uhr sei der Arbeiter Enderlein in betrunkenem Zustande in die Wache gekommen mit dem Ersuchen, ihn festzunehmen. Er hätte, so habe er erklärt, noch 6 Tage Haft zu verbüßen und gehört, daß er am nächsten Tage geholt werden solle, um seine Strafe abzuhängen. Die Beamten verweigerten ihm, dazubleiben. Enderlein weigerte sich aber, wieder zu gehen, da er nicht aus seiner Wohnung geholt werden wolle. Es sei nicht notwendig, Aufsehen bei den Hausbewohnern hervorzuheben. Man habe ihn aber nicht dabehalten. Mit Gewalt sei er schließlich hinausbefördert worden, wobei der Gummiknüppel als Hilfsmittel Verwendung gefunden habe. Auf der Straße habe er aber weiterhin randaliert, so daß man ihn nunmehr festnehmen wollte. Der Festnahme habe er starken Widerstand entgegengesetzt. Die beiden eifrigen Beamten wollten dabei von ihm mit den Fäusten bearbeitet werden sein (!). Nijische sei sogar auf Grund dieser Schläge sechs Wochen krank gewesen (!). Um seinen Widerstand zu

brechen, sei wohl vom Gummiknüppel Gebrauch gemacht worden. Es sei aber nicht auf den Kopf, sondern „höchstens“ auf den Arm geschlagen worden. Da Enderlein sich darauf hingeworfen habe, sei er von ihm ein paar Schritte gezogen worden, um ihn überhaupt zur Wache zu bringen.

„Wir mußten dies tun, da unsere Kräfte nicht mehr zureichten, ihn aufzurichten.“ In der Nacht habe er einen Arzt verlangt. Man habe den Polizeiarzt herbeigerufen. Die Wunden habe er sich selber beigebracht (?), indem er sich an Eisengitter und Steine gestoßen habe. — Soweit die Schilderung der beiden Angeklagten.

Der 1. Zeuge, der Polizeibeamte Jakob, hatte nur dafür gesorgt, die Zeugen des Vorfalls wegzuschicken. Den Befehl zur Festnahme des E. will er gegeben haben. Auch den Arzt will er von sich aus gerufen haben, da E. hart geröchelt habe. Er bezeichnete E. als einen arbeitsfähigen Menschen. (Eine oft angewandte und allzu durchgängige Methode der Staatsorgane!) Der Polizeiarzt Dr. Commerz erklärte, daß Nijische blutunterlaufene Stellen am Arm gehabt habe. Bei E. sei eine stark blutende Kopf- wunde vorhanden gewesen.

Die nun aufmarschierenden Zeugen sagten übereinstimmend aus, daß Enderlein ohne jeden Grund geschlagen worden sei, bis er zusammenbrach. Alle 4 Zeugen haben Hilfeleistung gehört und gesehen, daß Enderlein stark blutete.

Auf die Frage, was los sei, habe Enderlein erklärt, er sei soeben in der Wache geschlagen worden. Während die Zeu- gen noch beratenschlagen, wohin sie E. schaffen wollten, stürzten auf einmal 3 Beamte auf E. zu und schlugen wie wild auf ihn ein (!). E. wurde sogar noch geschlagen, als er am Boden lag (wie in Berlin!). Gewehr hat er sich, wie die Zeugen auslagen, nicht. Wie ein Stück Vieh schleppten ihn die Polizeibeamten darauf in die Wache. Dies alles das Wert einiger Minuten. Der Spe- zialtour Hollenst, der die Anzeige gegen die Polizei- beamten erstattete, kam mit einem anderen Herrn aus einer Versammlung.

Sein Inneres habe sich gegen die brutale Annpres- lei aufgebäumt. Er habe geklagt, durch eine per- sönliche Bekanntschaft mit dem Mißhandel- ten beim Polizeipräsidenten Kühn zu bekommen, zumal er auf seinen an Ort und Stelle vorgebrach- ten Einspruch gegen die Mißhandlungen von dem Beamten Jakob angehängt worden sei: „Gehen Sie weiter, Sie stinken ja schon von weitem!“

Auf Grund dieser Beleidigung hatte Hollenst den Jakob anderweit verlagert. Jakob hatte eine Geldstrafe von 10 RM erhalten. Enderlein, der von den „Beamten“ einfach als „arbeitsfähig“ hingestellt wurde, ist nach den Zeugenaussagen im Gegenteil ein arbeitsunfähiger Mensch. Das Urteil, das dann ausgesprochen wurde, übertraf die Klassenurteile noch, die sonst gesprochen wer- den.

Beide Polizisten wurden freigesprochen. Der Staatsanwalt als auch der Richter sahen die Schuld der Beamten als nicht erwiesen an (!).

Der Verteidiger wählte eine recht eigenartige Methode an, indem er behauptete, die Zeugen hätten sich vor der Verhandlung besprochen, um ihre Aussagen in Übereinstimmung zu bringen. Assessor Dr. Mei er sprach in der Urteilsbegründung davon, daß es erfreulich sei, wenn das Publikum sich bemühe, solche Sachen zur Anzeige zu bringen. Es müßte aber angenommen werden, daß die Beamten sich durch das Verhalten des E. in „starker Erregung“ befunden hätten. Aus den Reihen der Zuhörer kamen empörte Zwischenrufe. Das Urteil wurde als Skandal bezeichnet. Das Urteil ist auch ein Skandal 1. Ranges, Herr Dr. Meier! Die Beamten wählten genau, was sie taten, als sie Enderlein aus der Wache drückten, um ihn dann wieder mit Gewalt in die Wache zu schleifen. Es ist allzu bekannt, daß derjenige, der sich „erdreißt“, Kritik an der Polizei und ihren Gummiknüppelmethoden zu üben, von ihr nicht als vollwertig angesehen wird. Treffendstes Beispiel: Berlin und der Arbeitermord am 1. Mai!

Klassenstaat bleibt Klassenstaat! Die Urteile seiner Justiz sind danach. Es wird nicht das Letzte- mal gewesen sein, daß die Polizei ihre brutalen Methoden gegen wehrlose Proletarier anwendet. Sie wird auch weiterhin in dieser Art für „Ordnung“ sorgen ... „Gerecht“ wird sich finden, diese Ordnungshüter zu bestrafen ... Man wird sich nicht gern ins eigene Fleisch schneiden.

Unter Ausschluss der Öffentlichkeit!

Grober Mißbrauch der weiblichen Angestellten. Der Leiter und Direktor des Hotels „Piccadilly“ in Dres- den, Michael Koieloff, mußte sich, wie gemeldet wird, vor dem Amtsgericht wegen unzüchtigen Verhaltens gegenüber dem weiblichen Hotelpersonal verantworten. Die Verhandlung fand unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt, da eine Gefährdung der Anstaltlichkeit zu befürchten stand. Die Verhandlung wurde als Beleidigung (!) nach den §§ 185 und 186 StGB aufgefaßt und dementsprechend geahndet. Koieloff erhielt in sechs Einzahlungen je 300 M. in fünf Ab- teilungen je 200 M. mit 1000 M. Gesamtstrafe angesetzt. Falls die Geldstrafe nicht beizutreiben ist, hat an deren Stelle für je 25 M. ein Tag Gefängnis als Ersatzstrafe zu treten. Wegen der üblen Dinge, so meldet die bürgerliche Nachrichtenagentur, die in der Verhandlung zu erörtern waren und worauf dann das Urteil ergangen war, mußte die Begründung desselben hinter geschlossenen Türen erfolgen. Zusammenfassend kann aber gesagt werden, daß sich Koieloff dem weiblichen Personal gegenüber eines großen Mißbrauchs in seiner Eigenschaft als sogenannter Brotherr schuldig gemacht hat.

Ein Skandal beim Dresdner Bierderennen „begab sich“ am 2. Pfingstfesttag nach einem sogenannten Fehlsart, den die Starter aber nicht ließen. Es gab Hundstangen Rauch Sturm auf Rennleitung, Polizei und Gummiknüppel. Dann herrschte wieder Ruhe. Sie und da „muntelte“ man von Schiebungs...

Kupfermantele, die Worte
der Polizei töten die feindseligen Arbeiter und Arbeiterfrauen, die in den ersten Maitagen in Berlin erschossen wurden. So wurde es amtlich festgestellt!
Wer ...
den Hinterbliebenen der 24 Toten, den Verletzten und den Hunderten Verhafteten? — In **Kupfermantele und Gosaft** trägt die rote Hilfe die Spenden der Wertigen hier für zusammen.
Sitz auch du! Gib für die rote Hilfe, für die Opfer der blutigen Maitage!

Reisen, Wandern und Dresdner Neueste Nachrichten

Während der Jahreschau machen sich die Dresdner Arbeiter mit einem Besonderen Interesse die Dresdner Neuesten Nachrichten mit einer Kellermesse populär. Ein Arbeiter lenkt uns zu dem Thema „Reisen und Wandern“ nachfolgende Korrespondenz, die wir gern veröffentlichen und um der wir wünschen, daß sie von weiteren Lesern den bekannten Namen der Dresdner Neuesten Nachrichten in die Hand gedrückt werde.

Man spaziert am Vormittag auf den herrlichen Uferpromenaden, die an vielen Stellen sogar in die Felsen eingehauen sind. Man lauscht den ewig wechselnden Melodien des Meeres, wandelt unter Palmen und befindet sich zugleich am Fuße einer alpinen Landschaft, ragen doch im Hintergrunde die schneebedeckten Gipfel des Monte Maggiore und Monte Nuovo bis zur stattlichen Höhe von 2000 Meter empor“, usw.

So geht es im Januar der Dresdner Neuesten Nachrichten vom 19. Mai. Wäre es nicht besser, da doch der größte Teil der Leser dieses Blattes aus Arbeiterkreisen stammt, den Leser aufzuklären und kategorisch zu schreiben: diese Naturschönheiten sind nur für die Reichen da, Arbeiter, zieht die Konsequenz und erlärmt sich auch den ungetriebenen Genuß dieser Naturschönheiten! Doch das wäre wohl verlangt von diesem bürgerlichen Blatt: arbeiterfreundlich ist sie nur insoweit, als sie am jeweiligen Monatsende die schwer ersuchten Gelder der Proleten listiert um damit etwas (von einem Teil des Geldes) sich selbst in den Genuß obiger Naturschönheiten zu leisten, und zweitens (den anderen Teil des Geldes) aber wiederum zur

Vernebelung und Vertiefung der Arbeiterhirne benutzt. Freidigt doch ihre ganze Schreibweise die Devise:

„Genieße, was dir Gott beschieden,
Entbehre gern, was du nicht hast;
Ein jeder Stand hat seinen Frieden,
Ein jeder Stand hat seine Lust!“

Zum Beweise dessen, daß dem so ist, lese man die Ausgabe der Dresdner Neuesten Nachrichten vom 18. Mai. Tatsächlich sieht man die Proleten, die von des Reichen Tische fallen, dort hat man es fertig gebracht, an die Armen zu denken, indem man einen Artikel in Zeitdruck bringt: „Mit der Strakenbahn ins Ariele“. In diesem demonstrieren die DN ihren Lesern ungefäh- rlich 20 billige Ausflüge in die nähere Umgebung von Dresden. Denn die Leser der DN dürfen nicht zuviel ausgehen, sonst könnte man vielleicht am ersten das Zeitungsgeld nicht pünktlich bekommen. Ihren Artikel: „Am sonnigen Abhänge“ schließt diese Preisliste mit dem Satz: „Es ist eine Zauberwelt der Gesinnung, die den Besucher umgibt“. Ach aber rufe den Arbeiterleser der DN zu: Es ist eine Welt der Klagen gegenläufige, die in den DN geschrieben wird. Es ist nicht deine Welt, kann nicht deine Welt sein, die dir die DN schmachtet zu machen haben. Deine Welt ist der proletarische Klassenkampf, den vertritt nur die Arbeiterstimme. Heraus mit der bürgerlichen Presse aus den Arbeiterwohnungen! Lebt die Arbeiterstimme!

Reise auf Holz bei Dorpmüller

Bemerkungen zum Thema „Die Reichsbahn auf der Jahreschau Reisen und Wandern“

A. Z. Während das Damesordentlich Opfer auf Opfer fordert, belächeln tausende Ausstellungsbesucher die Halle „Deutsche Reichsbahn“ auf der Ausstellung „Reisen und Wandern“. Gewiß, diese Halle zählt, so ungenügend sie ist, mit zu den besteingerichteten, so merkwürdig sie klingen mag. Auch ihr hatten sehr große Mängel an. Man könnte glauben, daß die Entwicklung auf dem Gebiet der Lokomotive im Jahre 1922 abgeschlossen worden ist, denn es wird in Modellen wohl dargestellt die Entwicklung von der ersten Lokomotive bis zu der jetzt im Betrieb befindlichen großen D-Juglokomotive, aber die in der Zwischenzeit vorgenommene Elektrifizierung der Bahn bleibt vollständig unerwähnt.

Dorpmüller hätte sich, auf dem Gebiet der Personenwagen etwa die jetzt in Gang befindlichen 3- und 4-Klassenwagen zu zeigen, sondern er stellt nur ein Modell der 1. Klasse aus. Daß hierzu aller Komfort gebraucht wird, zeigt ja die Praxis. Sehr dröselig kommt das zum Ausdruck in der Darstellung der Schlafwagen harter und weicher Klasse. In der harteren Klasse drei Personen eng übereinander zusammengeschoben, ungenügende Luft, keine Fenster, ungenügende Ventilationsvorrichtung; in der ersten Klasse Bequemlichkeit, wie man sie sich besser nicht wünschen kann.

Die ungeheuren Eisenbahntatortophen der letzten Jahre haben Dorpmüller anscheinend veranlaßt, auf dieser Ausstellung auch die neuesten Modelle der Zugförderung zu zeigen.

Das Überfahren eines auf Halt stehenden Eisenbahn- signals ist unmöglich sein, da durch automatische Bremsung der Zug sofort zum Stehen kommt. Hier widersprechen sich Theorie und Praxis.

Und hier wird aber auch gezeigt, daß die wahren Ursachen der großen Unglücksfälle bei der Reichsbahn auf dem Gebiet der katastrophalen Antreiber- und Ausbeutungspolitik der Reichsbahn zu suchen sind. An den Wänden einige Bilder aus einer großen Eisenbahnwerkstätte (vermutlich aus Brandenburg). Sie sollen einen Teil des Arbeitsprozesses wiedergeben. Sonst Re-

klame, nichts als Kellame. Man muß sich ernstlich fragen, welches die Ursachen sind, daß auch die Halle der Reichsbahn, die genügend Material zur Ausstellung hätte, so schlecht ausgestattet ist. Die Ursache ist darin zu suchen, daß die kapitalistische Leistung der RRG gar keine Veranlassung hat, der Öffentlichkeit die Entwicklung des am meisten benutzten Reise- mittels, der Eisenbahn, in ihrer wahren Gestalt aufzuzeigen.

Man könnte da nicht stehenbleiben bei der Darstellung einiger Lokomotivmodelle, sondern müßte auch den Dienst leistenden, den das Personal der Reichsbahn zur Bewältigung des Reiseverkehrs auszuführen hat!

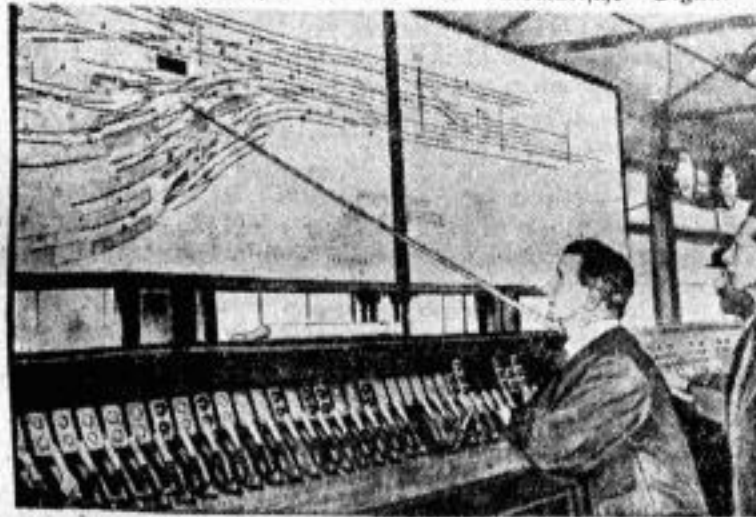
Warum führt man nicht praktisch vor, welcher Unterschied zwischen der Dampflokomotive und dem elektrischen Zug besteht? Warum zeigt man nicht praktisch die Benutzung des Juglokomotors? Die Wege und Mittel, die bei einer eventuell eintretenden Juglatastrophe unternommen werden müssen?

Dazu gehören nicht nur Gebrauch der Notbremse, sondern Gebrauch der Rettungskassen, die ja leider nur in den neuesten Wagen des Fernverkehrs vorhanden sind, und anderes mehr. Stegerwald, der neue Reichs- verkehrsminister, könnte bei dem Besuch dieser Ausstellung erkennen, wie notwendig es gerade ist, Mittel und Wege zu finden, um demjenigen Teil der Bevölkerung, dem Reisen und Wandern nur zur dem Proletariat und seiner Jugend, die Erleichterungen zu schaffen, die das Reisen durch überfüllte Waggons nicht zu einer Qual, sondern zu einer Erholung machen. Das nicht er das kann, darüber sind wir uns klar.

Wir glauben nicht daran, daß aus solche Reformen, wie sie Seering bei der Eröffnung der Ausstellung von den Verkehrs- instituten forderte, dem Proletariat Lebensfreude gegeben werden kann, sondern wir wissen, daß lediglich die Frage Reisen und Wandern vom Proletariat nur nach der Wachtgerüstung mit der Garantie eines positiven Ergebnisses zur Diskussion gestellt werden kann.

Um Eisenbahnunfälle zu verhüten

die auf Unachtsamkeit der Beamten oder auf Verlegen irgend- eines Apparates zurückzuführen sind, suchen die Eisenbahn- verwaltungen sämtlicher Länder, die automatische Signal-



gebung zu verbessern und Fehlerquellen nach Möglichkeit (!) auszuschalten. In den Stellwerken moderner Bau- art hängt über dem Apparatefeld ein genauer Plan der gesam- ten Gleisanlagen, in dem die Weichen durch ver- schiedensfarbige Lämpchen gekennzeichnet sind, die je nach der Stellung der Weichen aufleuchten und dem Beamten melden, ob die Fahrstraße in Ordnung ist. Der Weichensteller hat zuerst die Fahrstraße festzulegen, bevor er das Signal für freie Fahrt gibt. Sobald die betreffenden Weichen alle in Ordnung sind, wird die gesamte Fahrstraße automatisch verriegelt, so daß eine Veränderung der Straße nicht mehr möglich ist, bevor nicht wieder das Signal auf Halt steht. Unser Bild zeigt eine moderne Stellwerkanlage (in der die gesamten Weichen automatisch auf elektrischem Wege erfolgen und auch die Apparate elektrisch betrieben werden), die im Dorpmüller-Betrieb äußerst sel- ten ist. Die Eisenbahnkatastrophen sprechen eine bereite Sprache. Dieses Stellwerk steht man auf der Ausstellung leider nicht. Würdet man Fragen?

Pirna

Milch ist nicht Milch!
Qualitätsmilch und Molkereiprodukte liefert zu denselben Preisen wie die Konkurrenz

„MIGENO“ PIRNA
durch alle Verkaufsstellen und ihre Geschäfte an allen Plätzen der Amtshauptmannschaft Pirna sowie durch die Konsumverteilungsstellen in der Amtsh. Pirna

1014
Markt-Drogerie
Kirchgasse 1
Arno Kirsten Nachfolger

1022
A. Sachse Feinbäckerei
Steinplatz 3

229
Emil Jähngen
Brotbäcker, Köchmaschinen, Erleichterte
Reinigungsgeräte 27

immer gut und billig bei
Butter JÜTLERS
Dohnaische Straße 81

1021
Kurt Rod
Werkzeughandlung
Dohnaische Straße 3

1027
Spülapparate, Gummi-Unterlagen, Schürzen, Windelhosen und jegliche Frauen-Artikel
10 Gartenstraße 10

1028
Zerlegen von Milch, Kette Koch, Schühlgasse 4, empfiehlt Herben, Sade, Pinol u. Schafwolle.

Schokoladenhaus
Margarete Schulz, Breite Str. 9c

Bleyle-Kleidung Wollwaren
Richard Scherndt, Dohnaische Str. 18

Haus- und Küchengeräte
Beleuchtungs-, Gefäßartikel
H. Jenner, Gartenstraße 36

Leder
Karl Jähnichen, Badergasse 8

Lockwitz-Nickern
Gasthof Nickern, Bad- und Vereinszimmer, empfiehlt den Vereinen für Veranstaltungen
Alfred Knobloch, Nickern 11

Königsstein
Gasthof zum Bielatal
Zweitplatz der organisierten Arbeiterschaft

Paul Sabe, Bielatalstraße 74
Kolonial- und Seifenwaren

Möbelhaus Aug. Krengefeld, große Wald-
straße im Süden, Kamin, Kamin, Zierkamin und
Deckenwaren

Hermann Röhre, Fern-Heering-Str. 138
Spezialhaus für Milch, Butter, Käse u. Eier

Rudolf Röhler
Schuhwaren aller
Art, Hermann-
Heering-Str. 147

Max Köckritz
Hüten 5b
Kolonial- und
Schuhwaren

Schuhhaus Max Penker, Weidenstraße 84
Damen-, Herren- und Kinderstiefel, sowie
alle Arten Pantoffeln, Maß u. Reparaturen.

Bad Schandau
Grosen-Schwefel
Sporthaus Spring, Schandau, Marktstraße 37

Arthur Kömer, Poststraße 143
Konfekt, Textilwaren

Carl Cammerers Witwe, Hindenburgstr. 154
Klempner, Haus- u. Küchengeräte

Franz Hubers, Marktstraße 12
Schuhwaren aller Art und Reparaturen

Carl Richter, Marktstraße 14
Polstermöbel und Lederwaren

Kubel Hajek, Uhren, Seidenwaren, Optik
Sprechapparate, Schallplatten, Einbände etc.

Fritz Demelt, Zelfeur
empfehlenswert allen Kreisen — Zelfeurstr. 51

K. Kralupp, Jansenstraße 38
Brotbäcker, Köchmaschinen, Elektroanlagen

Hora-Drogerie, Photo-Spezialhaus
W. Kretschmer, ver. Ankerstraße

Gustav Herrmann
Poststraße 31
Woll- und
Textilwaren

Alfred Mehnert
Molkerei-Produkte
Folkowort
Hindenburgstr. 155

Kauft nur bei unseren Inserenten!

Pirna-Copitz

Drogerie „Zum Fuchs“
Zerlegen von Milch / Schokoladenfabrik
223

Schuhlager und Reparaturwerkstatt
Karl Müller, Hauptstraße 11

Kurt Dieb, Fleischermeister
Hauptstraße 8

Hanne Dröher, Textilwaren
Pirna-Copitz
6 Prozent Rabatt, Hauptplatz 16

Fleisch- und Wurstwaren
Arthur Wehner
Hauptstraße 10

Restaurant zum „Fleischheller“
empfehlenswert geneigter Beachtung

Brot, Weiß- und Feinbäckerei
Paul Pante, Dierbach 4

Fleisch- und Wurstwaren
Fritz Kühnel, Pilsener Straße 2

Gasthaus Erbgericht
Besuchsstelle der organisierten Arbeiterschaft
Erwin Meißel, Hauptplatz 4

Pirna-Jessen

Kegels Gaststätte / Pirna-Jessen
Verbandskegelbahn Ballast

Kolonial- u. Frau Richter Nr. 7
Textilwaren

Pirna-Posta

Tragott Förster
Pirna-Posta u. Modelfabrik, empf. preiswerte
Drogen, Herben, Dampfer, Teer, Kolonial-
u. Tabakwaren, Spirituosen, Küchengeräte.
6 Prozent Rabatt.

MEYER BRUNO
Grundschanke

Pratzschwitz

Gasthof Pratzschwitz
Jeden Sonntag keine Kasse
Beliebteste Einfuhrstätte der Umgebung

Pratzschwitzer Mühlenbrot
hochfeines Weizenmehl
in jeder beliebigen Dichtung 1000 Gramm
Preis: Pirna 200

Lebensmittelhandlung Max Röhre
Mühlendamm, Pratzschwitz
Nr. 38 c

Sebnitz

Locke, Farben und Tapeten
Werner, Schandauer Straße 16

Brot-, Weiß- und Feinbäckerei
Oskar Thiel, Schandauer Straße 6

Kaufen Sie beim Fachmann!
Ausführung sämtlicher Installationen,
Lieferung aller Bedarfsartikel für
Gas / Wasser / Elektrizität
Städtisches Betriebsamt, Sebnitz/Sa.

Höle / Mützen / Filzwaren
Karl Kirchner, Lange Straße 54

Pankratz
Lange Str. 43 / Erleicht. Zahlungsbedingungen

Fahrräder, Nähmaschinen u. Orientale
Arthur Wunderlich, Hauptstraße 25

Willy Baum, Lange Str. u. Böhmische Str.
Spezialgeschäft für Süßfrüchte

Besucht die Metropol-Lichtspiele
Lange Straße 68

Friedrich Schade & Sohn
Am Markt

Eisenwaren, Werkzeuge
Haus- und Küchengeräte

Arthur Egert, Lange Straße 53
Fahrräder, Nähmaschinen, Reparaturen und
Ersatzteile. Bequeme Teilzahlung

Gustav Wünsche, Lange Str. / Schuh- u.
Bekleidungshaus für Herren, Damen u. Kinder

Curt Nelson
Photoart., Kino, Optik
Lange Straße 24

Gustav Hönigfeldt
Woll- u. Spirituosen
Lange Straße 33

L. C. Waurisch, Zigaretten, Zigaretten, Tabake,
Tabakspiel, Schirme, Stöcke u. Reparat. / Tel. 193

Lausnitz

Martin Claus
H. Fleisch- und Wurstwaren

Heidenau

Benaks Bäckerei, Café und Weinstuben empfehlen sich eines regen Besuches
Pirnaer Straße 44

H. Fleisch- und Wurstwaren
Paul Pante, Pirnaer Straße 12

Textil- und Modewarenhaus
Hans Fratzke
Bahnhofstraße 15

Paul Krimmer
Auto- und Motorreparatur
Motorräder 'NSU' — Tankstelle

Haus- und Küchengeräte
Paul Leupold
5 Dresdener Straße 8

Heidenau, Biergroßhandlung
Groszpiecklich & Sohn
Zentrale Glasbottle

Biergroßhandlung
Joh. Jähngen, Pirnaer Str. 29
empfehlenswert geneigter Beachtung

Werkzeughandlung — Textilwaren
Robert Ebert, Südtorstraße 58

Möbelhaus Mütze
Heidenau, Hermannstraße 2
Braut-Ausstattungen
Gegenüber dem Postamt
Teilzahlung gestattet

Birkwitz b. Heidenau

H. Fleisch- und Wurstwaren
Oskar Grothe, Nr. 41

Brot, Weiß- und Feinbäckerei
Arthur Meißner, Birkwitz Nr. 26 c

Gasthof Birkwitz
Ballast, Kegelebahn und Garten
Max Händler

Dora Petschel
Kolonial- und Textilwaren
empfehlenswert der Arbeiterschaft

Heidenau-Kl. Sedlitz

Bäckerei Max Berger
Kleinstraße 17 a

Niederschütz

Max Schräger, Bahnhofstraße 7
Herben, Led- und Seifen-
Spezialhaus

Friedrich Günther, Schulz 1, Ellenbogen,
Haus- u. Küchengeräte, Werkz. f. Handw., Haus
u. Garten, Drechsel, Nägel u. Schrauben

Herren u. Damen-Haare-Salon, Spez.: Woll-
stoff-Pflege, Weller, Wellen, Locken, etc. 1
251

Paul Heide-Blas, Kolonialwaren, Defle-
kieren, Kamin, Tafel, etc. 901,
Hilberstraße, Sebnitzbühlstraße 2.

Kreischa

Lederwaren — Polstermöbel
K. Schindler, Seifenmeister

Ball- und Gesellschaftshaus
Erdbrecht
Bel.: Hermann Altes
Enthaltung der Ledermittelstoffe

Manufakturwaren — Möbel
W. Schauer

Kurt Jährg, Kolonialwaren
Hauptstraße 107

Motorräder, Fahrräder, Reparaturwerkstatt
Hilber, Hauptstraße 107h

Zschornewitz

Butter-Hentschel, Feldweg 4
Klein- und Groß-Butter, Eier, Quark, Milch

Brot, Weiß- und Feinbäckerei sowie alle
Kolonialw. Paul Claus, Meißner Str. 8

Kolonial- u. Fleischwaren, Kohlenhandlung
Paul Schindler, Eibitzstraße 7.

Struppen

Textil-, Weiß- und Wollwaren, sowie sämt-
liche Berufsartikel

Elfa Taubert, Hauptstraße 36

Herren- und Damen-Haare-Salon
Verfärbungen — Spezialität: Friseurpflege
Kurt Schwedter, Hauptstraße 68

Caroline meinen Schneidwaren, Leder-
waren, 2,5 Tonnen, Spezialität: Herrenschnitten
und Modellanlagen — Telefon Nr. 47
Ella Wirth, Hauptstraße 19

Textilwaren

Wilhelm Hantel
Dohnaer Straße 2

Woll- u. Kurbel-Bismarck, etc. N. Hantel
Heuber, empf. def. Dicht., Wehrstr., etc.
Fischerstr. v. M. in u. auch a. M. in
250
Gloss ger. Wollstr.

Kaufm. die in der Lebensmittel-
handlung von Clara Zwar, etc. 1
1115

Modewarenhaus Otto Gilmann
Bismarckstraße 11

Heidenauer Wasch- und Plättstube
Max Grothe, Nickelstraße 7, Tel. 10

Beliebt die
Nachtspiele Heidenau

Königs-Pregerie und Photostudio
Christoph Gunkel, Hauptstraße 10

Schuh-Reparatur Heidenau
gegenüber dem Postamt
Billigste Einkaufsquelle, etc. 1
1408

Rammladen
Bismarckstraße 5

Brot, Weiß- u. Feinbäckerei
Erwin Eißler, Hauptstraße 1

enwaren / Werkzeug-
Haus- und Küchengeräte
K. Räte, Dresdener Straße 18

Restaurant „Zur Mühle“
Bismarckstr. 10, etc. 1
1408

Lockwitz b. Heidenau

Hilber Meißner, Schulz 11
Kolonialwaren — Tabakwaren — etc. 1
1408

Kurt Wilsch, Schulz 11, Tel. 270
Kolonial- u. Tabakwaren, etc. 1
1414

Gast Scherl, Joh. Paul Scherl
Auto- und Motorreparatur, etc. 1
Kreuzstraße 10

Brot- und Weißbäckerei — Konditorei
Joh. Barthel, Schulzstraße 87

Paul Lange, Lednik, Schulz 11
Lebensmittel, Tabak, etc. 1
1411

Heidenau-Gommern

Frei- u. aller organisierten Arbeiter und
Frauen Klub Restaurant
Emil Meißner, Weststraße 7

Heidenau-Groszsedlitz

Vorzügliches
Einfach-, Voll- und Starkbier
liefert in Flaschen und Fässern
Brauerei Groszsedlitz

Brot-, Weiß-, Feinbäckerei und
Kolonialwaren, Heinrich Oble
Groszsedlitz 12 c

Pillnitz

Tabakation H. Fleisch und Wurstwaren
Tel. 45
Ella Wirth, Hauptstraße 11
Tel. 120, Hauptstraße 11

Hosierwitz b. Pillnitz

Kolonialwaren und Lebensmittel
Clara von Müller, Dresdener Str. 21
1399

Brot- und Feinbäckerei, Konditorei
Franz Herzog, Dresdener Str. 22c
1398

Damen- und Herren-Haare-
Salon
Moritz Renner, Dresdener Str. 21
1397

Schnittwaren aller Art
Alfred Geier, Dresdener Str. 21d
1410

Söbrigen b. Pillnitz

Konditorei- und Weißbäckerei
Paul Jung, Nr. 23

Kolonial- und Eisenwaren
Paul Klinkhoff, 33b

Berggießhübel

Fleisch- und Wurstwaren
Elsa verw. Görschel, Kirchberg 10

Brot-, Weiß- und Feinbäckerei
Wilhelm Schelle, Hauptstraße 17

Markthalle Kurt Scholze, Bad-
str. 50

Gasthof Goldener Stern
Verjüngungstafel der Arbeiterschaft von
Berggießhübel und Umgebung
Telephon Montebus 45 / Mit (Klein-)Kasse
1405

Lebensmittel und Schnittwarenhandlung
Ida Meißner, Badstraße 47

Ein reaktionäres Arbeitsgerichtsurteil

Das Landesarbeitsgericht Dresden hatte sich in der letzten Zeit mit der Frage zu befassen, wer berechtigt ist, einen klagenden Arbeiter vor dem Arbeitsgericht zu vertreten. Der § 11 des Arbeitsgerichtsgesetzes besagt, daß jeder Person gegeben sein kann, die die Vertretung des von jeder Person geübten Beruf ausübt. In Hunderten nicht als hauptamtlichen Beruf ausübt. In Hunderten nicht als hauptamtlichen Beruf ausübt. In Hunderten nicht als hauptamtlichen Beruf ausübt.

Der § 11 des Arbeitsgerichtsgesetzes besagt, daß jeder Person gegeben sein kann, die die Vertretung des von jeder Person geübten Beruf ausübt. In Hunderten nicht als hauptamtlichen Beruf ausübt. In Hunderten nicht als hauptamtlichen Beruf ausübt.

In der mündlichen Verhandlung vom 10. April 1929 ist der Beschwerdeführer in Vollmacht des Klägers zu dessen Vertretung erschienen. Das Arbeitsgericht zu Pirna hat ihn aber durch den angefochtenen Beschluß gemäß § 11 AGG wegen der Geschäftsmäßigkeit des Verfahrens zurückgewiesen. Die das Verfahren erheben Beschwerte ist zulässig. § 157 III ZPO ist entgegen der Ansicht von Baumhach, Ann. 4 zu § 11 des AGG mit Klamm, Ann. 1 Absatz 4 zu § 11 des AGG nicht anzuwenden. Das Rechtsmittel ist aber nicht begründet.

Da der Beschwerdeführer schon in der Sache Rehrer gegen Krause u. Baumhach 1 Arb. 53/29 vor dem Arbeitsgericht zu Pirna als Vertreter des damaligen Klägers aufgetreten ist, besteht er das Verfahren vor Gericht geschäftsmäßig. Er

macht sich die gerichtliche Vertretung verschiedener anderer Verlagen zu besonderen Aufgaben und ist tatsächlich wiederholt — zweimal genant — für verschiedene andere Verlagen vor Gericht aufgetreten. Entgeltlichkeit der Prozessvertretung ist nicht erforderlich. Klamm, Ann. 5 zu § 11aa. Der Beschwerdeführer ist daher als Prozessvollmächtigter ausgeschlossen gewesen, selbst wenn er und der Kläger Mitglieder derselben wirtschaftlichen Vereinigung von Arbeitnehmern sein sollten. Denn er macht sich selbst nicht geltend, doch er, wie das Gericht veranlaßt, traut der Sakung oder einer besoldeten Vollmacht dieser Vereinigung, die mit der Prozessvollmacht des Klägers nicht zu verwechseln ist, zur Vertretung befugt ist. Klamm, Ann. 8 Abs. 3 zu § 11 AGG. get. Bauer.

Wert: 100 Mark. Ausgefertigt am 11. Mai 1929. Der Urkundsbeamte des Landesarbeitsgerichts Dresden. (Stempel) get. Schäfer, Oberjustizsekretär.

Die Auslegung, die der § 11 des AGG in dem Urteil findet, muß aufs schärfste zurückgewiesen werden. Hunderttausende revolutionäre Arbeiter, die im Kampf gegen das Unternehmertum und gegen die mit diesem verbundenen Reformisten stehen, würden durch dieses Urteil außerstande sein, sich bei einer Klage vor dem Arbeitsgericht vertreten zu lassen. Die aus den Gewerkschaften ausgeschlossenen, Millionen Inorganisierte werden durch dieses Urteil als Bürger zweiter Klasse gestempelt und ihrer „geschlichen“ Rechte beraubt. Die Berufung, die gegen dieses Urteil erhoben ist, wird beweisen, ob sich das Reichsarbeitsgericht dem reaktionären Standpunkt des Dresdner Landesarbeitsgerichtes anschließt, oder aber, ob das Dresdner Urteil aufgehoben wird und die Vertretungspraxis vor den Arbeitsgerichten der letzter üblichen auch für die Zukunft entspricht.

Der Vorstand des DMB lügt

In der SPD-Presse versucht der Vorstand des DMB unsere geschichtsmäßigen Feststellungen über die von ihm verübte Ablehnung der oppositionellen Ortsverwaltung in Solingen zu widerlegen. Er muß dabei, da er unsere Feststellungen nicht erschüttern kann, zur Lüge und Verleumdung greifen. Der neue Bevollmächtigte, Genosse Hahnemann, soll erklärt haben, „mit List und Tücke gegen den Vorstand und den gesamten Reformismus arbeiten zu wollen“. Dabei muß diese Gesellschaft selbst zugeben, daß die oppositionelle Verwaltung auf Befragen dem Vorstand erklärt habe, im Rahmen des Verbandsstatus zu arbeiten. Auf Klatsch und Tratsch von reformistischen Verbandsangehörigen erfolgte die Ablehnung.

Genadeya hahnemann aber wird die erfolgte Neuwahl der Ortsverwaltung durch die ordnungsgemäß von den Mitgliedern gewählten Vertreter in der ordnungsgemäßen Generalversammlung dargestellt. Es heißt dazu im Verbandsartikel in Bezug auf die alte brandenburgische Ortsverwaltung:

„... und endlich wurden die Mitglieder der Ortsverwaltung vor nicht langer Zeit in einer Delegiertenversammlung hutzuhand durch „linientreue“ Männer ersetzt.“

Also, weil die Mitglieder der neuen Ortsverwaltung „linientreu“ zu ihrer Partei, der SPD, stehen, werden sie, die nur 100 gegen 150 Stimmen von den Delegierten der Mitglieder gewählt wurden, abgelehnt. Das ist ein freizeuliches Eingeständnis gegenüber der bisherigen Heuchelei des Vorstandes, wonach kein Kommunist wegen seiner politischen Überzeugung gemohregt oder ausgeschlossen worden sei. Die Mitglieder müssen ja dieses Eingeständnis merken.

Angeblieh hat der neue Bevollmächtigte nicht verhindert, daß ein Reformist in der Generalversammlung ein wenig unruhig behandelt wurde. Weil also ein reformistischer Angehöriger Spritzkehl machte, die Sprengung der Generalversammlung prozessieren wollte und von den Mitgliedern zur Ruhe gebracht wurde, weil von den reformistischen Angehörigen, als ihnen die Stimmung nicht gelang, sogar die Polizei in die Generalversammlung geholt wurde, die aber nach Aufklärung durch den Bevollmächtigten wieder abgezogen wurde, darum wurde die Ortsverwaltung auf diese befehlte Arbeit wieder abgelehnt.

Als weiterer Grund wird angegeben, daß die neue Ortsverwaltung abgelehnt wurde, weil sie nicht an Schlichtungsverhandlungen in der von den Reformisten sabotierten Lohnbewegung teilnehmen wollte. Dabei führte sie damit nur einen reformistischen Beschluß der großen Betriebsräte, und Funktionärerversammlung durch, die durch jahrelange Erfahrungen von Schlichter die Nase voll hatte.

Zeit steht, daß trotz anfänglicher Belästigung der neuen Verwaltung durch den Vorstand die Geschäftsführung dem neuen



Werbt für die Arbeiterstimme!

Bevollmächtigten und Kassierer nicht übergeben wurde, ihre Anstellung verweigert und alle ihre Maßnahmen und Anordnungen, sowie die Beschlüsse der Generalversammlung von den sozialdemokratischen und brandenburgischen Geschäftsführern sabotiert wurden.

Erst der Beschluß der Delegiertenversammlung, von den vielen überzähligen reformistischen Geschäftsführern, die von den Mitgliedsbeiträgen überflüssigerweise zehnten 3 Mann abzubauen und dafür den neuen Bevollmächtigten und Kassierer anzustellen, hat den Vorstand zur Abkehr veranlaßt. Das ist der wahre Grund — alle anderen sind erlogen. Der Vorstand will keine treuen Schächeln auf Kosten der Mitglieder in lebenslänglichen Pfünden halten. Er verhindert schon seit 1926, seit dem erfolgten Uebertritt des Solinger Industrieverbandes in den DMB, wobei ein ganzer Schwarm sozialdemokratischer Angestellte mit übernommen wurde, den von den Mitgliedern immer wieder beschlossenen Abbau der viel zu vielen Geschäftsführer, weil es Sozialdemokraten sind.

So sieht die Demokratie dieser „Demokraten“ aus. Alle Lügen helfen nicht darüber hinweg. Die Solinger Metallarbeiter werden diesen Sozialfaschisten zu gegebener Zeit dafür die Leinwand ausstellen. Die von der abgelehnten Ortsverwaltung sofort einberufene Delegiertenversammlung hat beschlossen, daß sie die Kommission nicht anerkennt und die Mitglieder aufgebodet, nur den Anweisungen der von ihnen gewählten Kollegen zu folgen. Die Spalter werden sich genau so wie bei den Berliner Kohlegängern auch in Solingen die Gitzhähne ausbreiten. Die Solinger stehen fest zur Opposition.

Oppositionserfolg bei Lang, Mannheim

Bei den Betriebsratswahlen bei Lang, Mannheim, erhielt die Liste der Opposition 786 Stimmen und 5 Siege, die SPD-Liste 1233 Stimmen und 7 Siege, die Christen 286 Stimmen und 2 Siege.

Das Ergebnis ist als Erfolg zu bewerten, denn bisher war die Opposition im Betriebsrat überhaupt nicht vertreten. Auch in diesem Jahre wollten die Reformisten der revolutionären Gewerkschaftsopposition keinen einzigen Sitz zubilligen. Die Antwort haben nun die Lang-Arbeiter gegeben.

Auf die Straße geworfen

Die Zündholzfabrik in Lauenburg in Pommern, die zum Schwedenkonzern gehört, ist geschlossen worden. Mehrere hundert Arbeiter sind dadurch brotlos geworden. Als einziger Betrieb in Lauenburg ist es den entlassenen Arbeitern unmöglich, in anderen Betrieben unterzukommen. Mit der Stilllegung der Zündholzfabrik, die noch der größte industrielle Betrieb in Hinterpommern war, verschlechtert sich die Lage der Arbeiterklasse noch mehr.

Wer ist Anfechtungsgegner bei einer ungültigen Betriebsratswahl?

In einer Wahlanfechtungsklage war der Anfechtungsantrag entgegen den formalen Vorschriften vom Bezirkswahlvorstand gestellt worden. Die Klage wurde durch alle Instanzen getragen und beschlätigte kürzlich auch das Reichsarbeitsgericht, das erneut Anfechtung in keinen Entscheidungsgründen aussprechen, daß bei der Anfechtung der Betriebsratswahl Anfechtungsgegner nicht der Wahlvorstand ist, dessen Funktion mit der Wahl endet, sondern der aus der Wahl hervorgegangene Betriebsrat, dessen Bestand durch die Anfechtung betroffen wird und der auch durch den Antrag zur Bewahrung der Wahlen (§ 22 Arb. VRG) zur Verteilung der Wahlen herbeigeführt ist. (Reichsarbeitsgericht 133 46/28.)

5 Mark pro Kopf

der Belegschaft für die Opfer des Berliner Blutmai an die rote Hilfe abzuliefern, beschloß die 150 Mann starke Belegschaft der Allgemeinen Hombaugesellschaft in Düsseldorf, Baustelle Henkel, Holtthausen,

Und beim Betrieb?

Verantwortliche Redakteure: für Völkisch: Bruno Goldhammer; für Gewerkschaftliches: Albert J. J. J.; für Sozialen, Journalisten und Sport: Willibrod; für den Anfechtungsartikel: Arthur Buerker; sämtlich in Dresden. Verlag: Dresdener Verlagsgesellschaft m. b. H. Druck: Koenig, Dresden.

Brennende Ruhr

Roman von Karl Grünberg

Copyright by Cecilienverlag, Rudolstadt

„Genossen“ — — — begann er mit langloser Stimme, die von innerer Erregung strotzte, „was ich geäußert habe — — — Wahrheit geworden — — — wir sind verraten!“
Mehrere Minuten lang hörte man neben dem Tiden der Schwärzwälder Uhr nur das schwere Atmen der Männer, die über vor sich hin stierten.
„Was soll nun werden?“ fragte Grothe tonlos.
Sutrow rief sich zusammen, nahm einen tiefen Schluck aus einer Bierflasche und begann:
„Am Freitag nahm unser Zentralrat mit großer Mehrheit eine Resolution an, daß wir auf die papierernen Versprechungen der Regierung hin kein Gewehr niederlegen. Es wurden aber neue Verhandlungen beschlossen. Sollten auch diese nicht die für uns notwendigen Garantien ergeben, so sollte die Parole ausgegeben werden, lieber kämpfend unterzugehen als sich zu ergeben! In diesem Falle wollte man selbst vor Zerstörung der Schichtanlagen nicht haltmachen.“
„Aber am Sonnabend,“ fuhr Sutrow fort, „tätigte der Hagen Zentralrat mit Vertretern aller politischen Parteien einen Bescheid, der ihnen das „Unhaltbare“ der militärischen Situation dar, worauf sie beschloßen, uns aufzufordern, sofort den Kampf einzustellen und unsere Front drei Kilometer auf die Linie Dinslaken — Hünze — Dorsten zurückzunehmen. Der unabhängige Ernst kam selber nach Wülheim, um in der Konferenz unserer Kampfleiter seine Resolution durchzubringen. Er sagte, daß ihm Watters und Severings Ehrenwort als Sicherheit vollkommen genüge.“
„Habt ihr ihm nicht auf die feige Schnauze gehauen?“ fragte Kleinmann.
„Er sollte als Verräter verhaftet werden, aber seine Freunde holten ihn zu entkommen.“
Fahrenhorst schüttelte mißbilligend den Kopf. „Und was wurde beschlossen?“
„Neue Verhandlungen mit dem Ziel: alle Waffen in Händen der organisierten Arbeiterklasse! Bis dahin aber Fort-

führung der militärischen Aktion. Sollte aber die Regierung die Offensive anordnen, dann Aufruf zu neuem Generalstreik!“
„Richtig!“ „Bravo!“ erscholl es; Fahrenhorst rutschte nervös auf seinem Stuhl.
„Ich habe euch noch nicht alles gesagt, Genossen,“ sprach Sutrow, „das Schönste kommt noch erst. — Ernst hatte, als er nach Hagen zurückkam, nichts Ulligeres zu tun, als an den Regierungskommissar Wechlich folgendes Telegramm zu schicken:
„Gegen Wülheim und Wesel muß im Notfall nach Verständigung einwandfreie Truppe unter Aufsicht eingeleitet werden.““
„Das ist nicht wahr, das ist gelogen,“ schrie Fahrenhorst aufgebracht.
„Willst du mich als Lügner hinstellen,“ fuhr Sutrow empört auf.
„Nicht dich, aber man hat dich falsch informiert,“ rief der Lehrer erregt.
Sutrow lächelte resigniert. „Genossen, es sind noch andere Dinge passiert. „Im Notfall“ und „nach Verständigung!“ — Wagt ihr, was das bedeutet? Hör zu, Kompanieführer Fahrenhorst! Die Hagen sind im Begriff, gegen uns eine Arbeitertruppe in Marsch zu setzen, die uns durch Abschneiden der Etappen zum Rückzug zwingen soll. Ob sie genügend Schulte dafür finden werden ist ihnen wohl selber noch zweifelhaft, deshalb soll „im Notfall“, „nach Verständigung“ — das heißt mit den Hagenen Verrätern — die Reichswehr vordringen. Das ist authentisch, Genossen, ich kann's sogar schwarz auf weiß zeigen!“
„Teufel, das sind Arbeiterführer?“ lautete Schluß, der an allen Gliedern bebend, Anoch fürchtbaren Anblick bot.
„Mepeter sind es, Waischlappen, Jammerweiber, die sich wohl einen Namen machen wollen, aber uns lässig verraten und verlaufen,“ brüllte Einzel.
„So viel Recht steht, Genossen, daß wir ohne die westfälische Front uns nicht mehr halten können, da wir sonst von der rechten Flanke aufgerollt werden. Dazu kommt, daß das übrige Deutschland uns völlig im Stich läßt. In Berlin hat eine unfehlige Kompletierung der Unabhängigen die Kassen acht Tage lang an der Kasse herumgeführt und auf die Hilfe angeblicher republikanischer Reichswehrverbände vertrölet — bis es zu spät war. Die Kompletierung war so lässig, nichts davon zu wissen, daß die Arbeiterklasse der Parate in weitem Umkreis sich genau so wie hier bewaffnet hatte und nur auf das Loschlagzeichen

wartete. So kam es zu vereinzelten Kämpfen in Hennigsdorf, Köpenick usw., wo die Knappsten blutige Kasse nahmen.
Ähnlich liegen die Dinge in Mecklenburg, Sachsen und Thüringen! Im Vogtland hält sich zwar noch Max Hoelz mit einigen hundert Mann, aber das übrige Deutschland ist schon wieder ruhig, arbeitet und hat nur den einen Wunsch, daß wir es ihm nachmachen. Die „Freiheit“ in Berlin schreibt uns schon täglich zweimal tot: „Es gibt keine rote Armee“, und „Nur Verhandeln kann uns retten!“ Jetzt rollen schon aus Norden, Osten und Süden die Züge mit Militär und Munition gegen uns heran. Die Entente wird über die Einmarschergebnisse geben und dann kann ja die große Treibjagd beginnen. —
Wir dürfen jetzt aber nicht die Nerven verlieren. Keine planlose Auflösung, keine Panikstimmung! Im Notfall bleibt uns ja noch immer der Rückzug ins englische Gebiet. Wenn wir zurückgehen, dann nur einheitlich und geschlossen, um dem Zentralrat nicht den leeren Verhandlungsfaktor aus der Hand zu schlagen.“
Fahrenhorst räusperte sich: „Das ist sehr gut gesagt. Bei mir fehlten heute früh beim Appell wieder sechs Mann. Die Leute sind kaum noch zu halten.“
„Alles eine Folge der verdammt Vielesfelder Verhandlungen. Bisher dachte kein Mensch an Desertieren,“ schimpfte Schulz, und Grothe setzte hinzu: „Es kommt auch viel auf das Verhalten der unmittelbaren Führer an!“
Fahrenhorst schluckte, als wollte er etwas Schärferes erwidern, aber Sutrow entfaltete ein Blatt Papier mit folgendem Tagesbefehl:
„Auf Grund der mir übertragenen Gewalt durch die Zentralkommission befehle ich hiermit folgendes:
Sämtliche auf Grund des verräterischen Waffenstillstandsbeschlusses der in dieser Sache nicht kompetenten Konferenz von den Formationen der Roten Armee entfertigten Mannschaften werden aufgefordert, sich innerhalb sechs Stunden nach Herausgabe dieses Befehls wieder bei ihrer Dienststelle zu melden. Auf Nichterfüllung steht Todesstrafe.
Die Kampfhandlungen werden nicht abgebrochen, bis die nötigen Garantien für Innehaltung der Regierungsversprechen gegeben sind. Die sogenannten Vielesfelder Beschlüsse sind für uns in keiner Weise vorhanden.“
Gegeben zu Gellentirchen, den 27. März 1920.
Der Oberkommandierende des Abschnitts West der Roten Armee.
Gen. Gottfried Karsweit.“

Freitag
Sonnabend
Montag

Wirtschaftstags

Enorm
billige
Angebote



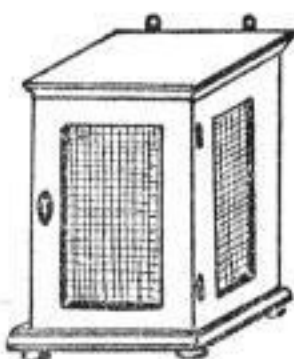
**Klosett-
bürstengarnit.**



Tischlämpchen



**Wand-
kaffeemühle**



**Fliegen-
schränke**

Pa. Oberschal-Kernseife
Ia Qualität 800,0 Riegel . . . 0⁷⁰
400,0 Stück . . . 0³⁵
200,0 Riegel . . . 0¹⁸

Pa. Schmierseife lose
und in Pfandemern à 10 Pfd.
Alabaster Pfd. 0³⁰
10 Pfd. 4⁷⁵
Elain R Pfd. 0⁴⁵
10 Pfd. 4²⁵
helle grüne Pfd. 0⁴⁰
Leinölseife 10 Pfd. 3⁷⁵

Pa. Schnitzel Seifenpulv.
25%, 15%, beste Qualität
in Pfd.-Beuteln 0²⁵
0,85 und 0²⁵

**Pa. Salmiak-Terpentin-
Seifenpulver** 10%
3-Pfd.-Beutel 0⁵⁰

Pa. Seifenflocken
in Cellophanbeutel 1 Pfd. 0,85
1/2 Pfd. 0⁴⁵

**Haushalt-, Geburtstags-
und Zierkerzen**
in großer Auswahl . . . von 0⁰²
an

Pa. Bohnerwachs
reine Terpentin und Wach-
ware 2,25, 1,50, 1,25 0²⁵

Naftalin in Schuppen und
Kugeln 10 Pfd. 2,25, 5 Pfd. 1,15
Pfd. 0²⁵

Globol in Beuteln, 6 Stück
lose 1/2 Pfd. 1,05, Pfd. 2,75 0²⁵

Flit kompl. mit Spritze 5,50
zum Nachfüllen 8,50 2⁵⁰

Reisebügeleisen „Asta“, fein ver-
nickelt. Praktische Neuheit! . . . 2⁹⁰
Wassermaschkonsole mit Maß
weiß emailliert 1¹⁰
Mülleimer blau emailliert m. Aufschrift 1⁷⁵
Plättbrett mit gutem Bezug 3,45, 2,95, 2⁷⁵
Flurgarderobe, Rein Messing
1,25 m 12 50, 100 cm 10.50, 75 cm 8⁵⁰
Fischbestecke, Alpaka, garantiert
weiß bleibend Paar 1²⁵
Kaffeefilter „Karlsbad“ Rein Alu-
minium mit Drahtgaze-Filter . . . 1³⁵

Wir empfehlen für die kommende Saison:
Eisschränke, Fliegenglocken in großer
Auswahl zu günstigen Preisen

Speiseteller 24 cm Porzellan
Feston Gold oder Weinlaub oder
bunt gemustert, tief u. flach 2 Stück 0⁹⁵
Bratenplatten Porzellan Feston
Gold 43 cm 1,85, 40 cm 1,65, 36 cm
1,45, 29 cm 1²⁵
Saucieren oder Compots
viereckig Porzellan Feston Gold-
rand Stück 0⁹⁵

Kaffeesservice 9 tlg. Porzellan
für 6 Personen, Kornblumen-
kante oder weiß gerippt Stück 3⁵⁰



Teekannen
„Steingut“
braun, Kugelform
Inhalt 6 Tassen . . . 0⁹⁵



Kaffeekannen
„Feuerfest“
Inhalt 10 Tassen . . . 0⁹⁵



Kakaokannen
„Steingut“
bunt
mit Nickeldeckel . . . 0⁹⁵

Kaffeesservice 15 tlg. Porzellan
mit 6 Tassen und 6 Teller, moderne
Streublumen 8⁵⁰

Tassen Porzellan Goldrand mit
Untertassen in niedriger moderner
Ausführung 4 Stück 0⁹⁵

Waschgarnitur 5 tlg. Steingut
in blauen und grünen Mustern . . 2⁸⁵

Napfkuchenform
„Feuerfest“ 0⁹⁵

Maß-Bierkrüge gelb Steingut
mit kleinen Fehlern, 1 Ltr. 0,50, 1/2 Ltr. 0³⁵

Weinrömer m. grünem Stiel
4 Stück 0⁹⁵

Süßweingläser oder Likör-
schalen Blumenschliff gedrehter
Stiel „Goldrand“ 2 Stück 0⁹⁵

Bierbecher mit Goldrand oder
Blattmuster 6 Stück 0⁹⁵

Mampegläser (Doppeldecker)
1/30, 1/60 geeicht 4 Stück 0⁹⁵

Bowlen in Glas oder Steinzeug führen wir in allen Größen und Preislagen

Sonderangebot in Linoleum

Linoleumläufer in vielen Mustern besonders billig	60 cm	65 cm	67 cm	90 cm	100 cm	110 cm breit
Meter	1,90	2,10	2,25	2,95	3,25	3,50
Linoleumrollenwaren in Perser- und modernen Mustern, 200 cm breit, Quadratmeter	8,80					
Linoleumteppiche mit Kante, in aparten Mustern	130x200 cm	200x250 cm	200x300 cm			
	12,50	18,75	22,80			

Vorverkauf
von Eintrittskar-
ten für das Albert-
Theater ohne Auf-
schlag in unserer
Abteilung Bücher
u. Schreibwaren.
im I. Stock



HERMANN TIETZ

Das Warenhaus am Postplatz

Georg Roschig
Schneidermeister, Pirna-Jessen
Großes Stofflager
Bierhandlung
Paul Müller, Copitz
Leglerstraße 6, Tel. 652

Alle Arten beständig
und formstabil
Möbel
Möbelhaus
H. verb. Hennide
Dresdener Platz 73

Sämtliche
Möbel
für Zimmer u. einzeln, kann bis preiswert bei der Firma
Hermann Proje, Tischler-
Pirna, Breitestraße 4, vom Läden. Servis, abladen
Beschaffung ohne Kaufzwang ersetzt

Trinkt
**Meißner
Felsenkeller**
Cabinet

**Gasthaus
Alt-Zschella**
empfiehlt sich zur freundlich. Einkehr
Ang. Vereinszimmer noch frei.
Max Lösch Meißer
**Feine Herren- und
Damen-Maßschneiderei**
Garantiert für lieblichen Sitz und gute Unterhaltung
Robert Schneider, Kaufh., Königsbrüder Str. 17